

Bezugspreis:

Für den Monat Juni 1923 ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 15. Juni 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Rücktritt der belgischen Regierung.

Brüssel, 14. Juni. (WIB.) Nachdem der Senat den Gesetzentwurf de Brocquoille über die Wiederverstärkung der Universität Gent abgelehnt hatte, beschloß das Kabinett einstimmig, dem König seine Gesamtdemission einzu-reichen.

Der Streit um die Flämisierung der Genter Universität, auf den sich in den letzten Jahren der unerlöschliche Kampf zwischen Flamen und Wallonen zugespitzt hat, lastet seit einigen Monaten besonders schwer auf der gesamten Politik Belgiens.

Beschluß der Kammer um, und der Streit brannte von neuem auf. In beiden Lagern sind die unversöhnlichen Elemente so zahlreich, daß Kompromißlösungen fast ausgeschlossen sind.

Die neueste Abstimmung des Senats hat, wie es scheint, ein weiteres Vavieren der Regierung unmöglich gemacht.

Inwiefern dieser Rücktritt auf die europäische Lage von Einfluß sein kann, läßt sich zur Stunde unmöglich beurteilen, da man nicht einmal weiß, ob der König diese Demission annehmen wird.

Von erheblichem Einfluß auf den Gang der Ereignisse könnte diese Ministerkrise nur sein, wenn sie den Anlaß zur Rückkehr der Sozialisten in die Regierung bilden würde.

Staat und Selbstschutz.

Von Richard Lipinski.

Bei den Verhandlungen zwischen der Vereinigten Sozialdemokratie und der SPD über die Regierungsbildung in Sachsen spielte der Selbstschutz eine wesentliche Rolle; er hat zu einem dauernden Streit zwischen den Parteien und in der eigenen Parteiorganisation geführt.

Der demokratische Staat ist die höchste bisher erreichte organische Gemeinschaft des Volkes. Die Arbeiterklasse muß deshalb zu ihm sich völlig anders stellen als zum alten Obrigkeitsstaat, denn er gibt ihr die Möglichkeit, alle Kräfte im Staate auszulösen und zur Entfaltung zu bringen.

Der Staat ist verpflichtet, dem einzelnen die freie staatsbürgerliche und wirtschaftliche Betätigung im Rahmen des bestehenden Rechts und der Verfassung zu gewährleisten.

Diese Aufgabe hat die Regierung des Staates zu lösen, sie wird sie um so schneller und sicherer lösen können, wenn sie in Händen von Sozialisten liegt und hinter ihr eine kompakte Mehrheit der gesetzgebenden Körperschaft und der republikanischen Arbeiterklasse steht.

Die organisierte Arbeiterschaft hat auch nicht die Aufgabe, an Stelle der technisch ausgebildeten und ausgerüsteten Polizei den öffentlichen Sicherheitsdienst zu übernehmen.

Die Reaktion rüftet die Arbeiterklasse und die Republik ist in Gefahr, Eigentum und Einrichtungen der Arbeiterorganisationen sind gefährdet.

Englische Anfrage in Paris.

London, 14. Juni. (WIB.) Das Reutersche Bureau erfährt zur Reparationsfrage, daß die britische Regierung gegenwärtig Informationen einhole, bevor sie irgendeine endgültige Politik formuliere.

Paris, 14. Juni. (WIB.) Havas berichtet: Das britische Memorandum, das gestern dem französischen Botschafter in London überreicht wurde, ist heute vormittag im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten angekommen.

Englands Standpunkt zur Ruhrbesetzung unverändert

London, 14. Juni. (Eca.) Im Unterhaus legte heute der Arbeiterführer Charles Roden Buxton folgende Fragen vor: 1. Hat der Premierminister von den scharfen Einwendungen Kenntnis, die im Lande gegen jede Erklärung der englischen Regierung erhoben werden würden, die eine Billigung der französisch-belgischen Ruhrbesetzung enthielte?

Baldwin antwortete auf diese Fragen, daß der Gesichtspunkt der englischen Regierung bezüglich der französisch-belgischen Ruhrbesetzung sich nicht geändert habe und daß keinerlei Erklärungen in dem in der Frage abgegebenen Sinne beabsichtigt seien.

Beschluß der Arbeiterfraktion.

London, 14. Juni. (WIB.) Die parlamentarische Fraktion der Arbeiterpartei hat eine Resolution angenommen, die besagt, daß das letzte deutsche Angebot eine solide Grundlage für Verhandlungen darstelle.

Englands Taktik in französischer Darstellung.

Paris, 14. Juni. (Eca.) Das Abendblatt „Intranseigent“ behauptet heute Abend, die Vorgesichte des englisch-französischen Gedankenaustausches wirken zu können.

wortet worden sei, ohne daß England vorher befragt wurde. Die englische Regierung habe hinzugefügt, es sei ihr Wunsch, daß die gemeinsame Front der Alliierten aufrechterhalten bleibe.

Belgiens Ablegung des passiven Widerstandes.

Paris, 14. Juni. (Eca.) Aus Brüssel wird dem „Temps“ über die Stellungnahme der belgischen politischen Kreise zu der Frage des passiven Widerstandes folgendes gemeldet.

- 1. Zurückziehung der Erlasse, Verordnungen und geheimen Verfügungen usw., die von Verbot erlassen worden seien, um den Widerstand zu organisieren.

Wenn diese Bedingungen tatsächlich erfüllt seien, dann läßen die maßgebenden belgischen Kreise kein Hindernis mehr dafür, den Charakter der Besetzung abzuändern und zu der Auflassung der ersten Tage der Besetzung zurückzukommen.

Lohnsteuer und Geldentwertung.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beantragt, daß die Ermäßigungsätze für die Lohnsteuer ab 1. Juli um das Fünffache erhöht werden.

Höhlen abgehoben? Wie die Pariser Blätter mitteilen, hat der Minister des Innern Mauraun gestern vormittag den Ausweisungsbefehl gegen den deutschen kommunistischen Abgeordneten Hölein unterzeichnet.

nur durch bewußtes und gewolltes einheitsliches Handeln erreicht werden. Täglich wechselnde Parolen und Putschaktionen sind hierfür ungeeignet, sie schwächen die Kraft der Arbeiterklasse, steigern die Zahl der Indifferenten und stärken die Reaktion. Daneben muß aber auch für die eigene Sicherheit der Organisationen und der Republik vorgesorgt werden. Diese Auffassung hat schon die Regierung auf dem Boden der Verfassung der Arbeiterklasse, die sie im Anschluß an den Rathenau-Mord die — unerledigt gebliebene — Vorlage über die Bildung einer Aushilfspolizei im Landtage eingebracht. Darin hieß es:

Die Regierung wird ermächtigt, für den Fall staatsfeindlicher Erhebungen oder Unruhen die Verstärkung der Ordnungspolizei in Sachsen durch Männer, die fest auf dem Boden der bestehenden republikanischen Verfassung stehen und seit mindestens drei Jahren gewerkschaftlich und politisch organisiert und für den Polizeidienst geeignet sind, vorzubereiten. . . Die Aushilfspolizei untersteht der Leitung des örtlichen Polizeiverwalters.

Von dieser Grundeinstellung ging auch die sozialdemokratische Fraktion aus. Unter Punkt 1 ihres Regierungsprogramms führte sie an:

Zur Bekämpfung konterrevolutionärer Bestrebungen dient neben der Geschlossenheit des Proletariats der weitere energische Erfolg der Regierungsmaßnahmen zur Ausgestaltung der Landespolizei und eine zuverlässige und wirksame Waffe für den republikanisch-demokratischen Staat.

In den endgültigen Vereinbarungen war denn auch nur eine Abwehrorganisation vorgesehen, die den Schutz der Versammlungen, Demonstrationen und des Eigentums der Arbeiterorganisationen übernehmen und Fascistenangriffe auf den Staat abwehren sollte. Also eigener Parteilchutz.

Diese klare Stellungnahme: Schutz der eigenen Einrichtungen, Schutz der Republik wurde durch das weitere Verhandeln zwischen SPD, Siebenerkommission und Landesarbeitsausschuß verwischt. Während bei der Sozialdemokratie die Begriffe Abwehrorganisationen und Selbstschutz durcheinanderlaufen, hielt die SPD an der Forderung des proletarischen Selbstschutzes fest. Welchen Sinn sie ihrer Forderung unterlegte, geht daraus hervor, daß sie auch Jugendliche von 12 Jahren und Anarchisten, Syndikalisten und Unionisten, letztere als Gegner der republikanischen Staatsform, in den Selbstschutz aufgenommen wissen wollten, schließlich aber diese Forderung zurückstellte, aber paritätisch zusammengesezte Leitungen des gemeinsamen Selbstschutzes verlangte.

(Ein zweiter Aufsatz folgt.)

Warnung!

Die Mordhege gegen Severing.

Das Kesseltreiben, das die deutschösterreichischen, deutschnationalen und sogar einzelne deutschsozialistische Blätter gegen Severing anlässlich seiner durchgreifenden Maßnahmen gegen die norddeutschen Fascisten veranstaltet haben, hat sich in den letzten Tagen im Zusammenhang mit der Schlageter-Affäre zu einer Hege gesteigert, die man ohne Uebertreibung als Mordhege bezeichnen kann. Freilich, so viel Angst vor der Anwendung des Republiksschutzgesetzes haben die rechtsradikalen Herrschaften doch, daß sie es nicht mehr wagen, wie einst gegen Erzberger und Rathenau, direkte und unzweideutige Aufforderungen zur Ermordung des preußischen Ministers des Innern auszusprechen. Aber in der Sache läuft es auf dasselbe hinaus: einmal schwört man Rache für Schlageter, Bergeltung an denjenigen, die ihn verraten haben, und unmittelbar darauf wird behauptet, die Organe des preußischen Ministeriums des Innern seien schuld daran, daß Schlageter von den Franzosen festgenommen wurde, und daß Severing die beabsichtigte Befreiung

Schlageters durch den Freikorpsführer Heinz bewußt verhindert habe. Das Berliner Wulle-Blatt ruft in Zusammenhang mit dahingehenden „Entthüllungen“ der Elberfelder „Bergisch-Märkischen Zeitung“ marktschreierisch aus: „Vor den Staatsgerichtshof mit Severing!“

Damit überbietet diese Hege an Gemeingefährlichkeit sogar jene, der vor Jahresfrist Rathenau zum Opfer fiel. Ihre Wirkung auf die fanatischen deutschösterreichischen Elemente kann auf die Dauer keine andere sein als damals. Unter dem Schutze ihrer parlamentarischen Immunität wiederholen die Wulle, Graefe und Henning das alte verbrecherische Spiel wie damals, offenbar, weil sie so glimpflich davongelkommen sind.

Hier gilt es aber rechtzeitig zu warnen. Da die Herrschaften weder durch das Strafgesetz noch durch das Schutzgesetz sich in ihrem Treiben behindern lassen, muß mit ihnen eine deutlichere Sprache geredet werden.

Als kürzlich in Toulouse Caillaux von einer Bande französischer Fascisten überfallen wurde, versuchte der Hauptbegeher gegen ihn, Léon Daudet, nach freche Witze im Parlament darüber zu machen. Da schleuderte ihm der Anwalt und Freund Caillaux, unser Genosse Rouzet, die sehr deutlichen Worte ins Gesicht: „Wir machen Sie, Herr Daudet, mit Ihrem Kopfe für das Leben von Caillaux verantwortlich! Haben Sie mich verstanden?“ Und die Blätter berichten, wie auf einmal der Fascistenführer blaß wurde, etwas stotterte und still blieb.

Auf deutsch heißt Caillaux: Severing und Daudet: Wulle, von Graefe, Henning.

Landbund und Garantien.

Nichtisagende Ankündigungen.

Der Reichslandbund hat nun, einen Monat nach der Besetzung des Ruhrgebiets, auch sein Garantieangebot veröffentlicht. Von Garantien ist darin viel die Rede, noch mehr von Voraussetzungen, überhaupt nicht von der Höhe, bis zu der die Landwirtschaft Leistungen ausbringen will. Bombastische Redewendungen von Vaterland, Freiheit und anderen schönen Dingen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Landbündler Garantien nur dann zahlen wollen,

1. wenn sie sich ihre Regierung allein aussuchen dürfen,
2. wenn die Steuerpolitik ihnen die Möglichkeit gibt, übernommene Lasten so rasch als möglich zurückzahlen,
3. wenn absolute Bucherfreiheit in Lebens- und Nahrungsmitteln herrscht,
4. wenn die anderen, „sämtlichen erwerbenden Stände“ auch zahlen,
5. wenn — was ja nicht von Deutschland allein abhängt — eine endgültige und nach Ansicht des Landbundes erträgliche Regelung der Reparationen erfolgt.

Das ist eine schöne Garnitur von Vorbedingungen, gegen die die Vorbehalte im Angebot der Industrie sogar noch harmlose Spielereien sind. Die Industrie aber hat wenigstens 200 Millionen Goldmark jährlich zugesagt, der Reichslandbund nennt keine Summe. Sein „Angebot“ ist nach jeder Richtung „freibleibend“.

Und dieses freibleibende Angebot wird von folgender Einleitung geziert:

Die im Reichslandbund zusammengeschlossene deutsche Landwirtschaft erklärt ausdrücklich, daß sie ihr freiwilliges Leistungsangebot nur einer Regierung gegenüber ausreicht erhalten kann, die zum letzten, äußersten Kampf für die Einheit und Unverletzlichkeit des Reichsgebietes entschlossen ist. Für die Freiheit und Größe des Vaterlandes wird das deutsche Landvolk zu gegebener Zeit nicht nur sein Gut, sondern auch sein Blut ebenso opferwillig einsetzen, wie in früheren Befreiungskämpfen gegen Fremdherrschaft und Gewalt.

Sein Gut hat der Landbundführer Odenburg Jamischau während des Weltkrieges bekanntlich dadurch eingelebt, daß

er bei der Einführung der Kriegszwangswirtschaft ankündigte, er werde seinen Getreideanbau einschränken. . . Daß die Landbündler versichern, sie wollten sogar Krieg führen, klingt schön. Daß zum Kriegsführen nicht nur Menschen, sondern auch Waffen gehören, die Deutschland nicht hat, weiß man im Landbund nicht.

„Das „Angebot“ ist also in Wirklichkeit nichts anderes als eine Sammlung von Vorwänden, unter denen man eine zugesagte, nach unten unbegrenzte Leistung nicht vollbringen will.

Alles in allem: Ein herrliches Wort von Vaterland und Freiheit!

Landbund und Bauernschaft.

Im Gegensatz zu den Landbündlern haben die deutschen Bauernvereine in einer Denkschrift an den Reichstangler Garantievor schläge unterbreitet, in denen sie sich bereit erklären, im Rahmen einer allgemeinen Steuer oder neben allen anderen Wirtschaftszweigen unmittelbar ihren Anteil zu tragen. Sie sind bereit, ihren Garantieanteil durch erstkellige ab lösbare Hypotheken sicherzustellen.

Der Gegensatz zwischen der Auffassung der Bauernvereine, die ihren Schwerpunkt im Westen, und der Landbündler, die ihn im Osten haben: Den Bauernvereinen ist die Befreiung des Ruhrgebiets eine erstkellige Hypothek, den Landbündlern nichts wert. Den Landbündlern geht der politische Vorteil des Parteigeschäfts über alles.

Rosbachs Reichswehrblock.

„Außerordentlich übertrieben“?

Von amtlicher Seite werden die Veröffentlichungen über die Aufdeckung des Reichswehrblocks Rosbach als außerordentlich übertrieben bezeichnet. Es wird leider verstaumt zu sagen, worin diese Uebertreibungen zu erblicken sind. Die in den Veröffentlichungen angeführten Tatsachen werden zum größten Teil stillschweigend übergangen. Es wird lediglich gesagt, daß der Leiter der Organisation Kiehl ein junger und unerfahrener Mensch ist und daß die Ergebnisse seiner Bemühungen äußerst gering zu sein „scheinen“. Mit derartigen Beschwichtigungsversuchen lassen sich die Tatsachen nicht aus der Welt schaffen, und die reden eine andere Sprache. So muß die amtliche Mitteilung zugeben, daß Oberführer Seiler in Haft bleibt und daß gegen alle Teilnehmer vom Staatsgerichtshof die Untersuchung ausgenommen wurde. Uns scheint es dringend notwendig zu sein aufzuklären, wie Rosbach aus der Gefangenschaft heraus die Verbindung mit den geheimbündlerischen Reichswehrteilen aufrechterhalten konnte. Es ist bekannt, daß Rosbach die Stirn hatte, sich über die zu „strengen“ Bedingungen seiner Haft zu beklagen. Mit welchem Recht, zeigt dieser Fall.

Herrn Baeder von der „Deutschen Tageszeitung“, der im Fall Magdeburg kleinere Arreststrafen für ausreichend hält, hatten wir gefragt, wie er wohl geurteilt hätte, wenn im alten Heer geheime sozialdemokratische Soldatenbünde gegründet worden wären und wenn sich diese Soldatenbünde sich das Ziel gesetzt hätten, feudale Oberpräsidenten zu überfallen. Herr Baeder antwortet nun: Die Befehle, unter denen das neue Heer steht, sind insofern der „Freiheit“, die die Revolution und die Weimarer Verfassung uns beschert haben, ein wenig anders als die Befehle für das alte Heer. Ganz abgesehen davon, daß der „Vorwärts“ doch auch Organisationen anderer Art in dem neuen Heer nicht mißbilligt.

Daß der „Vorwärts“ Organisationen, Geheimorganisationen anderer Art in der Reichswehr nicht mißbilligt, ist eine Erfindung des Herrn Baeder. Ebenso ist es falsch, daß die Straftaten, die hier in Betracht kommen, nach den jetzt geltenden Befehlen, wenn man sie nur anwenden will, als Vorkriegsorganisationsverbrechen sind.

Immerhin ist es nützlich, den Straftatbestand des Herrn Baeder kennenzulernen. Das Urteil gegen Fehrenbach, dessen Veröffentlichungen nach dem Gutachten des einzigen Projektschwerverständigen Dr. Thimme teils unschädlich, teils sogar nützlich ge-

Geschmack Ludwigs II. von Bayern dafür hätte. Und so wird er unseren Vorschlag auch in rechtem Sinne auffassen: das neue Theater mit Rolleres „Der Bürger als Edelmann“ zu eröffnen, dem immer noch besten Kaffeestück der Weltliteratur.

Im Neuen Volkstheater wurde Donnerstag die Komödie des Hünen Gustav Esmann „Vater und Sohn“ zum erstenmal aufgeführt. Das Spiel unter der Leitung Ernst Kaldens war flott, der Beifall sehr stark. Da diese Aufführung eine Dase in der Operettenwüste Berlins darstellt, soll sie noch näher gemeldet werden. Dgr.

Ein Volkswirt, der das Geld verachtet. Am 5. Juni waren zweihundert Jahre vergangen seit dem Tode, an dem Adam Smith, Englands berühmtester Nationalökonom, dessen klassische „Untersuchung über die Natur und die Ursachen des Reichtums der Nationen“ eine bis auf die Neuzeit hinein wirkende volkswirtschaftliche Theorie begründete, zu Kirkcaldy in Schottland das Licht der Welt erblickte. Gelegentlich dieses zweihundertjährigen Jubiläums weisen englische Blätter darauf hin, daß Adam Smith durch seine Lebensführung das Wort von den geistigen Schotten, bei denen in Geldsachen die Gemütsfreiheit aufhört, glänzend Lüge gestraft hat. Es hat in der Tat kaum einen Mann gegeben, der das Geld so verachtete wie der große schottische Volkswirt. Als er zum Reisebegleiter des jungen Sohnes des Herzogs von Buccleugh verpflichtet worden war, forderte er ein niedrigeres Gehalt, als ihm angeboten wurde. 1751 wurde Smith Professor der Logik und Moralphilosophie an der Universität Glasgow. Wie die übrigen Professoren war er neben dem bescheidenen Gehalt auf die Kollagesche der Studenten angewiesen. Da diese sehr schlecht eingingen, trug er kein Bedenken, mit Rücksicht auf die Armut seines Schülers den Studenten, die das Geld bezahlten hatten, dieses wieder zurückzugeben. Und als der eine, ebenfalls ein Schotte, das Geld mit der Bemerkung zurückwies: das, was er empfangen habe, sei überhaupt nicht mit Geld zu bezahlen, geriet Smith in hellen Zorn und schob ihm mit den Worten: „Diese Benützung dürfen Sie mir nicht verweigern, nein bei Gott, das dürfen Sie nicht!“ das Geld in die Tasche. Als Smith später als königlicher Kommissar der Zölle in Edinburgh das damals geradezu fürstliche Jahresgehalt von 600 Pfund Sterling erhielt, bat er den Herzog von Buccleugh dringend, die Zahlung der ihm zugewilligten Pension von 300 Pfund einzustellen; aber der Herzog, der natürlich auch ein Schotte war, erwies sich in diesem Fall noch dickerhäutiger als die schottischen Studenten und ließ sich durch keine Vorstellungen davon abhalten, die Pension weiterzuzahlen.

Neue Untersuchungen über die vegetarische Lebensweise. Eine sehr wichtige Untersuchung über den Einfluß der vegetarischen Lebensweise auf die Gesundheit und Leistungsfähigkeit des Körpers wurde in jüngster Zeit von K. M. M. O. vorgenommen, und zwar auf Grund sehr eingehend ausgeführter Sektionen, über die der Forscher im „Archiv für Verdauungsstörungen“ berichtet.

Was den Energieumsatz und die Leistungsfähigkeit des Körpers betrifft, so ließ sich feststellen, daß beide befriedigend waren, und daß infolgedessen der bekannte Satz von der Gleichwertigkeit des pflanzlichen und tierischen Eiweiß wohl zu Recht bestehen bleiben kann. Andererseits jedoch eignet sich die vegetarische Lebensweise durchaus nicht für alle, und es gibt viele Menschen, die allein mit vegetarischer

Er konnte nicht.

Von Erna Büsing.

Er hatte lichtblaue Augen, wie mit Wasserfarben gemalte Berggipfeln, seine Haare waren kemmelblond, wie eine bleichsüchtige Berliner Schrippe, und sein Vater starb an einer Geisteskrankheit, die nicht erblich war. Er hatte polierte Fingernägel, ein feines Benehmen und trug Manschettenknöpfe mit dem Abzeichen seiner Verbindung. Mit ihm war er ein ganzer Kerl, er hatte eine außerordentlich starke Begabung zum persönlichen Mut, und wenn er total betrunken war, hielt er an seine Rumpfe eine Ansprache, die mit den Worten begann: „Liebe Germanen.“

Als die Sturmzeichen des Krieges durch das Land rasen, war er begeisterte Sensation, rannte von Lokal zu Lokal und verprügelte jeden, der bei patriotischen Reden nicht aufstand. Leider konnte er nicht mit in den Krieg ziehen, denn ihm wurde von maßgebenden Stellen vom Heidentode abgeraten. So wurde er der Portier einer großen Munitionsfabrik und als unablöslich reklamiert. Er opferte sich wirklich auf, denn nach der Tagesarbeit hielt er nicht nur an Stammtischen, sondern mitunter auch noch in öffentlichen Versammlungen Durchhalte-Reden.

Als die Revolution kam, war er von unerbittlicher Litzkraft, denn er gebrauchte an dem Tage der großen Ummwälzung drei Unterhosen und ein Stück vom roten Bettlinen als Schlupf.

In der Nachkriegszeit, der Zeit der schwersten Bedrückung seines Volkes und seines Landes, wußte er sich auch würdevoll zu benehmen. Verstand er es doch, die Hinterhältigkeiten seines Charakters gewinnbringend auszunutzen. Er spekulierte auf die Dummheit seiner Kreise, eine Spekulation, die nie fehlschlagen kann. Stets erzählte er, wenn man ein Maschinengewehr abbreht, hat man alle Schwierigkeiten gelöst. Ohne angegriffen zu sein, umgab er sich mit dem Nimbus der getränkten Weibervorst, und die Deutschen, die Krakeel mit politischer Einsicht und Lummel mit Mannhaftigkeit verwechseln, scharten sich um ihn und priesen ihn als ihren Helden. Da taten die Gegner etwas fabelhaft Gemeines, sie nahmen ihn nämlich ernst. Sie wollten ihm Gelegenheit geben, zu seinen männlichen Worten zu stehen und luden ihn vor Gericht.

Da wurde trotz vielfachen Wechsel der Unterwäsche seine mit eleganter Bigelstange versehene schwarzweißgestreifte Hose angegriffen. Er ließ sich aber nicht einschüchtern, o nein. Nach Beerdigung einer Wulle kam hielt er, beschützt von schwerbewaffneten Freunden, vor seinen schwerbewaffneten Besinnungsgenossen eine große Rede. Die war herzlich, sein Nachtwille und seine Mannhaftigkeit stürmten den Himmel, ja, er trat tatsächlich mit dem lieben Gott in Konkurrenz.

Am anderen Tage meldeten die Zeitungen, daß er nicht kommen könnte, er sei schwer erkrankt, ein ärztliches Attest lag ebenfalls vor. Da sagten die Gegner, er sei feige und wolle sich drücken. Das aber ist die größte Gemeinheit, die seit Bestehen der Welt ausgebe-

murde, denn er konnte wirklich nicht kommen, — hätte er doch bei seiner großen Rede sein Maul so weit aufgerissen, daß er seine eigenen Ohren verschlang.

Das Theater der neuen Reichen. Seitdem Max Reinhardt Berlin verlassen hat, werden wir bald von Max, dann aus Salzburg und schließlich aus Amerika von einer Unzahl von Projekten unterhalten, die der Regale und offenbar nicht mehr genügend Beschäftigte plant. Jedesmal, wenn in Wien eine Theaterkrise eintritt, wurde Reinhardt als Retter präsentiert; aber merkwürdig, so gut wie nichts wurde zur Tatsache. Reinhardt schien auf seinen Berliner Vorberer eingeschummert zu sein. Nun will er die Stadt, die seinen Aufstieg erlebte, nach langer Enthaltensamkeit auf neue beglücken. Nach dem vielerlei Gemunkel, das sich in der Berliner Presse über Reinhardts neues Theater am Kurfürstendamm erhob, wird jetzt in der Art, die der bürgerliche Kulturleser des „Berliner Tageblatts“ liebt, dort das bisher verschleierte Bild enthüllt und — der Appetit geweckt. Der Appetit der neuen Reichen!

Die vielfachen Wandlungen Reinhardts, die zuletzt zum künstlerisch wie geschäftlich erfolgreichsten Massenhaus geführt hatten, haben ihr vorläufiges Ziel in einem zeitgemäßen Theater der neuen Reichen gefunden. Hören wir, was der begeisterte Schriftmacher im „Tageblatt“ darüber ausplaudert:

„Die Innenausstattung des neuen Theaters dürfte an Vornehmheit und Burgus wohl alles übertreffen, was wir bisher an Theaterbauten besitzen. Der Zuschauerraum, der Platz für etwa fünfshundert Personen bietet, wird in enger Anlehnung an den Rokoko still ausgebaut werden. Die Teppiche und selbstverständlich weite, bequeme, gepolsterte Sessel werden den Raum füllen. Ränge wird das Theater nicht haben, an ihre Stelle treten aussehlichste Logen. Auch das Parterre wird von Logen umkränzt sein, die sich in elegantester Ausstattung präsentieren werden und u. a. auch einen äppig ausgestatteten Salon als Vorraum haben, in dem die Logeninshaber während der Pausen Cercle halten können. Eine Reueit für Berlin dürfte es sein, daß auch auf der Bühne an jeder Seite je eine Loge befindet, wie wir es von den französischen und italienischen Theaterbauten einer höfischen Gesellschaft her kennen. Die Bühne selbst, vor der sich noch ein Orchesterraum befindet, ist verhältnismäßig groß, zielt 100 Quadratmeter.“

Reinhardt handelt nach dem alten Theaterrezept: „Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen.“ Er saß die Zeit beim Schopi und nützt sie für seine Theaterzwecke. Denn darüber sind sich doch heute alle klar, daß ihm das Theater (nicht die Literatur, nicht das Leben, nicht das Volk oder sonst etwas) Sinn und Zweck seines Strebens ist. Spricht er nicht das Wesen der Zeit aus, wenn er den neuen Reichen ihre Bühne einrichtet und süßgemäht ihnen die Vorrechte der Repräsentation gibt? Darum erhebt es uns unehrbelig, wenn der Galopin des „Tageblatts“ fragt, ob Reinhardt in Anpassung an den kostbaren Rahmen des literarischen Rokostil künftigen würde. Reinhardt wird den neuen Reichen zu seiner Theaterkultur erziehen. Anders er scheidbar den neuen Herren dient, macht er sie sich in Wirklichkeit dienbar. Reinhardt würde auch für Stinnes das Theater des Einen spielen, wenn dieser zufällig den

wesen sind, hält er für richtig. In der Magdeburger Militärerschöpfung sieht er nur eine Harmlosigkeit. In einem Fall ein Jahre Zuchthaus, im anderen ein wenig Arrest. Das ist echt deutsch-nationale Gerechtigkeit.

Ein Justizskandal.

Vom stellvertretenden Präsidenten der Reichsdisciplinarkammer in Potsdam erhalten wir folgende Berichtigung:

In dem in Nr. 289 des „Vorwärts“ am 12. Juni 1923 erschienenen, mit „Ein Justizskandal“ überschriebenen Artikel ist angeführt, daß die Reichsdisciplinarkammer in Potsdam, nachdem die Amtsdauer der früheren Mitglieder Ende August 1922 zu Ende gegangen war, deshalb nicht neu gebildet werden konnte, weil kein Richter in Potsdam bereit ist, der neuen Reichsdisciplinarkammer, deren früherer Präsident der Landgerichtspräsident in Potsdam war, anzugehören.

Diese Angabe ist nicht richtig. Die neuen richterlichen Mitglieder für die Reichsdisciplinarkammer in Potsdam sind bereits seit dem 16. Dezember 1922 ernannt. Die nichtrichterlichen Mitglieder sind aber erst am 14. April, 25. Mai und 31. Mai 1923 bestimmt. Sitzungen konnten trotz der Ernennungen bisher nicht anberaumt werden, da das Bureau, welches an das Finanzamt in Potsdam angegliedert werden soll, noch nicht eingerichtet ist. Ich erlaube, gemäß § 11 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874 um Berichtigung.

Demnach ist der Justizskandal noch größer als wir annahmen. Erst braucht man neun volle Monate zur Ernennung der Mitglieder, dann nimmt man der endlich gebildeten Kammer die Möglichkeit, überhaupt in Funktion zu treten. Dieses ganze Verfahren ist nicht nur ein Skandal, es ist eine Sabotage der Justiz.

Reichsbahn und Stützungsaktion.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages zur Prüfung des Zusammenbruchs der Kartstützungsaktion hielt am gestrigen Donnerstag eine interne Sitzung ab. Zur Erörterung gelangte die Devisenbeschaffung der Eisenbahn für Rohlen und andere ausländische Waren. In früheren Sitzungen des Ausschusses war behauptet worden, daß die starken Käufe der Eisenbahn und das Hineingehen in den freien Markt wesentlich zum Zusammenbruch der Stützungsaktion beigetragen hatten.

Die Verhandlungen des Ausschusses ergaben ganz zweifelsfrei:

1. daß der Devisenbedarf der Eisenbahn sich in verhältnismäßig niedrigen Grenzen gehalten hat,
 2. daß die Reichsbahn nicht den geringsten Versuch gemacht hat, sich vom freien Markt Devisen zu beschaffen, und
 3. daß die Schwierigkeiten der Beschaffung von Devisen für die Zwecke der Eisenbahn durch die Devisenbeschaffungsstelle erst spät nach dem Zusammenbruch der Stützungsaktion, in der ersten Hälfte des Mai, entstanden und bekannt geworden sind.
- Daraus ergibt sich, daß alle Behauptungen über eine Schuld der Eisenbahn am Zusammenbruch der Stützungsaktion unbegründet sind.

134 Proz. Lohnerhöhung in Schlesien.

Ein Erfolg der Gewerkschaften.

Hindenburg, 14. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik flaut allgemein ab. Im Vergleich zum Mittwoch war die Wiederaufnahme der Arbeit, insbesondere in der Metallindustrie, am Donnerstag erneut um 20 Proz. gestiegen. Insgesamt arbeiteten in der Metallindustrie bereits am Donnerstag wieder weit über 50 Proz. der gesamten Belegschaften. Zu diesem Rückgang der Streitbewegung haben die am Mittwoch in Gleiwitz zum Abschluß gekommenen Lohnverhandlungen für die Eisenhütten nicht unwesentlich beigetragen. Während die wilde Streikleitung im Verlauf der Verhandlungen nur eine 100prozentige Erhöhung der Malilöhne verlangte, gelang es den Gewerkschaften, eine durchschnittliche Erhöhung von 134 Proz. zu erzielen. Der wilde Streik hatte auf die Verhandlungen nicht den geringsten Einfluß. Augenblicklich richten die Gewerkschaften ihre Aufmerksamkeit besonders darauf, für die Arbeiter, die in den Streik geheißen wurden, den

Nahrung durchaus nicht bestehen können, so namentlich Städter, die sich mehr mit geistiger als mit körperlicher Arbeit beschäftigen.

Die einzelnen Untersuchungen haben zunächst gezeigt, daß ungehörtes Gleichgewicht des Kraft- und Stoffwechsels bei vegetarischer Nahrung, und zwar bei gleichmäßigem Milchgenuß, wohl gewährleistet werden kann; bei streng vegetarischer Nahrung, d. h. ohne Milch, indessen nur dann, wenn der Mensch ausgiebige Körperbewegung hat. In bezug auf das Verhalten des vegetarisch ernährten Körpers gegen Krankheiten zeigte sich, daß nur das Austreten von Gift durch die vegetarische Lebensweise verhindert wird, während sich dagegen die Immunität gegen Eitererregter z. B. wesentlich verringert. Die Frage, ob beim vegetarisch lebenden Menschen die Arteriosklerose später auftritt, ließ sich nicht mit Sicherheit zugunsten der vegetarischen Ernährungsweise beantworten.

Ferner wird der Freitanz des Körpers durch die pflanzliche Kost sehr herabgemindert. Da jedoch gewöhnlich viel größere Mengen von Nahrung aufgenommen werden als bei gemischter Kost, so ist oft Magenvergrößerung eine recht unangenehme Folge der vegetarischen Lebensweise. Denn um die großen Mengen von Nahrungstoffen bewältigen zu können, müssen die Magenwände sich beträchtlich dehnen, wodurch aber gleichzeitig ihre motorische Tätigkeit entsprechend herabgesetzt wird. Auch zu einer Dehnung des Darms kann der Vegetarismus führen, da die vegetarischen Nahrungsmittel im Verlauf der Verdauung viel mehr Schaffen bilden als die gemischte Kost.

Der Erreger des Rosenpocken. In der neuesten Veröffentlichung der Akademie von Edinburgh teilt der Professor D. A. Thomson mit, er habe den Erzeuger der bekannten Rosenwucherung entdeckt, den man gemeinlich als Pocken bezeichnet. Es sei ein einzelliger Pilz, der vermutlich in die Familie der Chytridien gehöre. Besonders häufig finde sich dieser Pilz in Indien, auf Ceylon, in Argentinien und in Tennessee in Nordamerika. Diese Angaben sind allerdings noch etwas dürftig, und man wird weiteres abwarten müssen. Der Rosenpocken ist doch auch in Europa gar keine so seltene Erscheinung.

Übermahn am Sternschnabel. Der amerikanische Astronom Dr. Shapley hat kürzlich zu Arequipa in Peru Photographien eines Teils des Himmelsgewölbes genommen und in der klaren Luft jener Gegenden ganz vorzügliche Aufnahmen erzielt. Auf einer Platte fanden sich nicht weniger als 850 neue Sternschnabel, teils kreisförmig oder oval, teils aber auch spiralförmig. An manchen Stellen waren viele Reibel vorhanden als Sterne. Die Aufnahme fand unter so empfindlichen Bedingungen statt, daß Sterne bis zur achtzehnten Größe deutlich zu sehen waren.

Das „Kleine Schauspielhaus“ in der Staatlichen Hochschule für Kunst, das mehrere Jahre geschlossen war, wird in Kürze als moderne Opernbühne wieder eröffnet werden. Man ist geneigt, die am Bau einer Normalbühne. Die Eröffnung wird mit „Hofmanns Erzählungen“ stattfinden.

Zoo Wiesl triff am 15. August aus dem Verbande der Berliner Staatsober an, um als Opernbühnen die Leitung des Charlottenburger Opernhäufes zu übernehmen.

Eine Ausstellung photographischer Meisterwerke „Kunnen und große Kunst“ von A. Kanger-Katich zeigt die Utopia-Durchführung, Kaiserlee 209 (Gde Regensburger Straße).

Urkauf zu sichern. Ob das gelingt, ist fraglich. Es ist zu erwarten, daß die wilde Streikleitung in Anbetracht der allgemeinen Wiederaufnahme der Arbeit am Freitag zum Abbruch des Streiks auffordert.

Breslau, 14. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Landarbeiterstreik in Schlesien hält trotz der für die Streikenden ungünstigen Witterungsverhältnisse unvermindert an. Im Landkreis Neumark und in verschiedenen anderen Kreisen Mittelschlesiens kam es zu Zusammenstößen zwischen den streikenden Landarbeitern und den durch die Unternehmer verwandten Selbstschützern, wodurch mehrfach Eingriffe der Polizei notwendig waren.

Restaurationsbestrebungen.

Der „herzogliche“ Hofstaat Braunschweig-Lüneburg.

Braunschweig, 14. Juni. (WZ.) Heute wurde in der Klagesache des Gesamthauses Braunschweig-Lüneburg gegen den braunschweigischen Staat die Entscheidung gefällt. Der braunschweigische Staat wird verurteilt, zu Händen der Vermögensverwaltung des Gesamthauses Braunschweig-Lüneburg in Wien ein Verzeichnis des Bestandes der zum ehemaligen herzoglichen Hofstaat gehörigen Mobilien vorzulegen, sowie über den Verbleib aller seit dem 18. November 1918 auf Veranlassung oder mit Wissen des Beklagten (der Staat Braunschweig) veräußerten oder von Ort und Stelle entfernten Mobilien, des Restbestandes zu Braunschweig, des ehemaligen herzoglichen Marstalls zu Braunschweig und des Schlosses zu Blankenburg am Harz, Auskunft zu erteilen.

Bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zum gesetzlichen Höchstbetrage für jeden Fall der Zuwiderhandlung hat der braunschweigische Staat alle Maßnahmen zu unterlassen, durch welche Inventarstücke des Schlosses Blankenburg aus dem Schlosse entfernt und einer anderen Benutzung zugeführt werden. Die Entscheidung über den Antrag auf Rückzahlung der seit dem 18. November 1918 aus dem Schlosse zu Blankenburg entfernten Gegenstände auf Herausgabe des Inventars dieses Schlosses, sowie die Entscheidung über die Kosten des Rechtsstreits bleibt vorbehalten. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar nach einer Sicherheitsleistung von 5 Millionen Mark durch den Herzog von Braunschweig-Lüneburg.

Kahr-Regierung und Hochverrat.

München, 14. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Das heutige Verhandlungsergebnis war politisch von außerordentlichem Interesse, vor allem deswegen, weil es klare Anhaltspunkte für staatspolitische Umtriebe gab, die mit der Regierung Kahr in engstem Zusammenhang stehen.

Aus dem bisherigen Ergebnis des Prozesses wissen wir, daß Fuchs seit dem Herbst 1920 in nahe und vertrauliche Beziehungen zu dem damaligen Polizeipräsidenten Böhner, einer Hauptstütze des Kahr-Regiments, getreten war. Durch eine heute erfolgte Aussage des Fuchs wurde diese Kenntnis dahin ergänzt, daß

Böhner Fuchs auch genau informierte

über die politischen Strömungen in der Reichswehr, und zwar dahin, daß innerhalb der Reichswehr, vor allem der in Bayern stehenden Formationen, im wesentlichen ein aktivistischer Geist herrsche. Durch das nun heute erfolgte Auftreten des Zeugen Oberamtmann Frid, der bekanntlich unter Böhner die Leitung der politischen Polizei in München ausschließlich rechtsradikal handhabte, erfährt man nun etwas Näheres über die Intimität der Beziehungen Böhner-Fuchs. Frid mußte bestätigen, daß Fuchs im Herbst 1920 sehr oft zu Böhner und zu ihm gekommen sei, wobei in vielen Ausprägungen immer wieder die gemeinsame Ansicht dieser drei Herren festgestellt wurde: „Abneigung gegen das südische und sozialistische Berlin“. Daß es nicht bloß bei dieser theoretischen Ansicht blieb, sondern daß man praktisch nach Mitteln und Wegen suchte zum Kampf gegen Berlin, beweist eine gemeinsame Reise dieser Herren in jener Zeit nach Wien zum dortigen Polizeipräsidenten Schöber, um Richtlinien und ein gemeinsames Programm zur Bekämpfung des Bolschewismus aufzustellen. Wer die Prinzipien der bayerischen Staatskunst kennt, findet es ganz selbstverständlich, daß Oberamtmann Frid kurz vor seiner Bernehmung von seiner Behörde besonders auf seinen Dienstreis aufmerksam gemacht wurde, wie er selbst angab. Er weigerte sich deshalb auch, über alle diese Dinge, mit denen er natürlich sehr vertraut ist, näheren Aufschluß zu geben!

Die besondere

Vorliebe des offiziellen Frankreichs für Kahr-Bayern

ist durch eine Reihe von Tatsachen festgestellt. Man hört man plötzlich, daß Fuchs schon seit längerer Zeit zusammen mit Pittinger und dem Grafen Soden französische Beziehungen gepflogen und politische Bindungen nach Paris unterhalten habe, und daß er dort mit offiziellen Persönlichkeiten, die ihm besonders vertrauten, An- und Absichten des Kronprinzen Rupprecht eingehend erörtert hat. Wir erinnern an die eigene Charakterisierung von Fuchs' Pariser Reise „Mission von Souverän zu Souverän“. Betrachtet man in diesem Zusammenhang eine Rede des Präsidenten des bayerischen Ordnungsbunds, die dieser in einer vertraulichen Ausschussung im November 1921 gehalten hat, in der es heißt: „Tatsächlich sind seit geraumer Zeit inoffizielle Verhandlungen mit französischen Vertretern im Gange und gleichzeitig bespricht man sich mit Tirol und Salzburg, um durch einen Anschluß dieser Länder an Bayern einen sowohl militärischen als auch wirtschaftlichen Nachzuwachs zu erzielen. Hand in Hand damit gehen die Strömungen, die Monarchie in Bayern wieder einzuführen.“ — Betrachtet man also diese Dinge in dem notwendig einheitlichen Rahmen, in den sie allein schon der Zeit wegen gehören, so liegt für jeden der politische Zusammenhang offen zutage.

Der Zeuge Kahr sprach dieser Tage, mit seinem politischen Empfinden von Richtig als einem Krankheitsregener, der schon im Jahre 1921 im Blutkreislauf Bayerns vorhanden war. Dieser Krankheitsregener war aber als solcher auch schon damals den obersten bayerischen Behörden bekannt; denn unter Eid sagte heute derselbe Zeuge Kahr: „Mir waren schon im November 1921 innerpolitische Absichten bekannt, die auf Aktionen oder Bereitschaft zu Aktionen schließen ließen, und ohne daß ich substantiierte Unterlagen dafür gewinnen konnte, waren mir dabei außerpolitische Zusammenhänge oder mindestens Erwägungen gegeben. Ich habe damals nach Rücksprache und im Einverständnis mit dem damaligen und jetzigen Staatskommissar Carels in Nürnberg-Fürth private Bekannte von mir (bayerische Staatsangehörige), die sich in Reichsstellungen befinden, aufmerksam gemacht und weiß, daß doraushin mögliche Reichs- und Landesstellen orientiert worden sind. Der schon einmal in der Verhandlung gestreifte Brief an Minister Schöber gibt hierzu die weitere Erläuterung. Die Namen Fuchs, Machhaus und Richtig hiermit auch nur in losestem Zusammenhang zu bringen, hatte ich damals keinen Anlaß, muß es aber jetzt nach dem derzeitigen Stand meiner Kenntnisse, insbesondere nachdem ich von dem Versuch des Fuchs 1921, den Richtig zu lancieren, erfahren habe, doch tun.“ Also

immer neue Bestätigungen, daß die zuständigen Behörden seit Jahr und Tag Kenntnis hatten

von all den Dingen, die heute leider nur teilweise die Grundlage des Hochverratsprozesses bilden. Da muß sich doch jeder halbwegs vernünftige Mensch fragen: Warum haben trotzdem die Behörden gegen diese französischen Umtriebe nichts, aber auch rein gar nichts getan. Wie ist es denn überhaupt möglich, daß bis zur Stunde der Aktion weder der Polizeiminister noch der Polizeipräsident von München ein Sterbenswörtchen von Richtig und seinen bayerischen Freunden wußten? Derselbe Polizeiminister, der be-

reits unter Kahr Staatssekretär des Innern war und von dem man annehmen muß, daß er mit den staatspolitischen Methoden und Prinzipien seines damaligen Herrn und Meisters wohl vertraut ist? Ober vermag es einer dieser früher oder noch regierenden Herren, die heute erfolgte eidsiche Aussage des Zeugen Kahr über Fuchs zu strafen, die lautet: „Das gesamte Material, das zur Aufhebung dieser Hochverratsaffäre aufgebracht wurde, stammt von uns vier Hauptzeugen und nur durch unsere Tätigkeit war es möglich, den Umtrieben des Franzosen Richtig, der nachgewiesenermaßen seit zwei Jahren unter Verdacht steht, ein Ende zu machen.“

Knilling • Cunow • Breitscheidt.

München, 14. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Aus dem Verlauf der heutigen Sitzung sind noch folgende Einzelheiten erwähnenswert. Der Verteidiger Graf Pestalozza richtet an den Zeugen Schäfer eine Reihe von verärglichen Fragen, und zwar auf Grund seiner offen ausgesprochenen Vermutung, daß die vier Hauptzeugen als Anstifter bzw. Mittäter, in Frage kommen.

Der Zeuge Schäfer ist in seinen Antworten nicht so präzis wie die anderen Hauptzeugen, betont aber immer wieder, daß es in allen Handlungen in seiner irgendwie gearteten Weise Tatsachen oder Dinge gegeben hat, die eine Unterlegung der hochverräterischen Machenschaften der Fuchs und Machhaus darstelle. Die empfangenen Gelder habe er und seine Mitarbeiter als Beutegebe (1) betrachtet, die im vaterländischen Interesse verwertet wurden. Der Zeuge gibt zu, daß er wiederholt in seinen Kreisen von der Notwendigkeit eines nahe bevorstehenden bewaffneten Aufstretens der vaterländischen Organisationen gesprochen habe. Nähere Angaben könne er aber nur bei Ausschluß der Öffentlichkeit machen.

Sehr belastet wurde Fuchs dann durch die Aussagen des Zeugen Neunert, bis vor kurzem Adjutant im Wehretreiskommando, dem Fuchs bei einem Besuch am 26. Februar rückhaltlos seine ganzen Pläne offenbarte. Fuchs entwickelte sein Umsturzprogramm in detaillierten Angaben und erthüllte seine ganzen Beziehungen zu Richtig. Diese Woche (26. Februar bis 3. März) werde unbedingt losgeschlagen. Die Hilfe der Franzosen in Gestalt von Kohlen und Waffen, unter anderem 50 Tanks, stände bereit. Italien sende Lebensmittel im Betrage von 300 Millionen Goldmark und ebenso helfe die Tschechoslowakei.

Diese Aussagen des Zeugen bezeichnet Fuchs als richtig. Sein damaliges Verhalten sei eine Art Generalbeichte gewesen, um aus der Sache herauszukommen. Denn bei seinem Besuch im Wehretreiskommando wollte er den General Kasser, der aber verreist war, und damit die Reichswehr für seine Pläne gewinnen und in ihre Hände die gesamte Leitung des nicht zu vermeidenden Umsturzes legen. Das Gericht will aber dieser Darstellung keinen Glauben schenken, sondern ist vielmehr der Meinung, daß Fuchs sich in den letzten Tagen des Februar entdeckt hat und sich durch neue Beziehungen zur Reichswehr eine Rückendeckung verschaffen wollte.

Von Interesse war noch, daß Fuchs behauptet, daß ihm von zuverlässiger Seite, die er auch mit Namen nannte, mitgeteilt worden sei, Ministerpräsident Knilling habe im Februar den Reichskanzler Cunow wissen lassen, daß man in Bayern einer eventuellen Regierung Breitscheid vollkommen abnehmend gegenüberstehe, denn diese bedeute die Bolschewisierung Norddeutschlands, was eine Trennung Bayerns vom Reich im Gefolge habe.

Seine französischen Verbindungen verteidigte der Angeklagte damit, daß er stets für den Ausgleich mit Frankreich eingetreten sei, um so mehr, als gerade in Bayern der Haß gegen Frankreich niemals den leidenschaftlichen Charakter angenommen habe, wie er unter der Losung „Gott strafe England“ vorhanden gewesen sei. Dies bezugnehmend schon die persönlichen Beziehungen zwischen Bayern und Frankreich.

Fuchs streift dann noch einmal seine Verhältnisse zum Kronprinzen Rupprecht. Dieser habe ihm gesagt, daß er unter gar keinen Umständen eine Rückkehr der Dynastie Mittelbach auf den Thron akzeptieren würde, welche mittelbar oder unmittelbar mit a ewaltfamen Vorgängen im Zusammenhang stünde. Er würde sich niemals breitschlagen lassen, an derzeitigen Bestrebungen irgendwie teilzunehmen. Das Haus Mittelbach gehöre zu Bayern, teile das Schicksal Bayerns und könne deshalb nur dann auf den Thron zurückkehren, wenn das bayerische Volk es zurückführe, niemals aber mit Maschinengewehr und Handgranaten. Er wisse wohl, daß Bestrebungen beständen, um ihn gewaltsam zurückzuführen, daß er aber sich auf eine solche Sache niemals einlassen könne, weil die Leute, die solche Dinge mochten, ihm hinterher eine große Rechnung präsentieren würden.

Blockierung des Ruhrgebiets?

Eiberfeld, 14. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Gerüchte von einem völligen Ein- und Ausreiseverbot von vier Wochen scheinen sich zu bestätigen. Der Koblenzer Bezirksbefehlshaber hat mitgeteilt, daß die Einreise vom unbesetzten ins besetzte Gebiet für vier Wochen völlig gesperrt ist. Ausnahmen gelten nur in dringenden Fällen, z. B. Todesfällen. Im allgemeinen kann festgestellt werden, daß der Pöhlweg in verschärfte Form gehandhabt wird. Während z. B. in Hengsten und Bohwinkel der englische Stempel Gültigkeit hat, wird in Neulges der englische Stempel nicht anerkannt. Wer mit einem englischen Stempel angetreten wird, muß 10 000 M. Geldstrafe bezahlen, ohne weiterreisen zu können.

Eine hermetische Abschließung des besetzten Gebiets erscheint uns unmöglich, aber doch immerhin soweit ausführbar, daß des Wirtschaftslieben, besonders der Handel zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet, völlig zum Erliegen kommt. Das vierwöchige Ein- und Ausreiseverbot käme in der Praxis einer völligen Blockade gleich. Man bringt diese ungeheuerliche Maßnahme mit den wilden Sprengungen in Verbindung. Wie verlautet, ist neuerdings bei Godesberg a. Rh. wieder eine große Sprengung vorgenommen worden. Es wurde ein Bahngleis gesprengt, die Lokomotiven von zwei Zügen entgleisten. Die üblichen Repressalien traten bald in Kraft. U. a. ist jeglicher Verkehr von abends 9 Uhr bis morgens 5 Uhr verboten.

Ausgewiesen wurden aus Borbeck und Katernberg 69 Eisenbahner, aus Wanne 30 Eisenbahner, Weiter sind 87 Eisenbahner aus Essen und Mülheim-Ruhr ausgewiesen. Der Bahnhof Essen-Nord ist von den Franzosen freigegeben worden, nachdem man die Verbindung nach Stoppenberg völlig zerstört hat.

Verhaftete Saboteure.

Karlsruhe, 14. Juni. (Z. U.) Die Badische Polizei verhaftete in den letzten Tagen in drei Fällen Personen, die aus München und aus Norddeutschland nach Baden gekommen waren, um im besetzten Gebiet an der Eisenbahn Sprengungen vorzunehmen.

Eine Spionageaffäre in Finnland. Im Zusammenhang mit einer Aufdeckung von Spionage, die in der Feldzeugmeisterabteilung des finnischen Wehrministeriums von einer Militärperson zugunsten Sowjetrußlands betrieben wurde, hat der Wehrminister Generalmajor Jolander, seine Demission eingereicht.

Opposition gegen die Faschistenkultur. Nach den Katholiken und Sozialisten erklären sich auch die Republikaner gegen die faschistische Wählerreform, indem sie jeden Versuch abweisen, eine Kammer zu bilden, die nicht die politische Meinung des Landes widerspiegeln.

Gewerkschaftsbewegung

Selbstmörderische Lohnpolitik.

Zu den Feststellungen über den Rückgang des Anteils der Bergarbeiterlöhne an den Kohlenpreisen, die wir in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ veröffentlichten, verbandet die Fachgruppe Bergbau des Reichsverbandes der Deutschen Industrie eine Zuschrift an die Presse, in der es heißt:

Nach der letzten amtlichen preussischen Lohnstatistik belief sich der durchschnittliche Schichtlohn der Hauer und Schlepper im Ruhrgebiet nicht auf 6,75 M., sondern nur auf 6,47 M. Ferner mühten bei der Berechnung die sehr erheblichen Steuern, die gegenwärtig auf dem Kohlenpreis lasten (Umlagsteuer, Kohlensteuer, Abgabe für den Bergmann-Wohnungsbaubau usw.), in Abzug gebracht werden. Der Nettolohn, den die Arbeiter wirklich für Kohle erhalten, beträgt demnach nicht 221.000 M., sondern nur 137.485 M. Dagegen betrage der durchschnittliche Schichtlohn eines verheirateten Hauer nach den letzten Lohnverhandlungen vom 1. Juni an nicht 28.700 M., sondern 34.625 M. Vor allem aber mühte — was auch wir freilich bereits erwähnt hatten — die geringere Arbeitsleistung der Vergleichte infolge längerer Arbeitszeit und Abnahme der Arbeitsintensität gegenüber der Vorkriegszeit berücksichtigt werden. Während die arbeitstägliche Förderleistung im Ruhrgebiet, auf den Kopf der Belegschaft umgerechnet, vor dem Kriege über 900 Kilogramm betrug, macht sie jetzt nur 600—600 Kilogramm aus.

Diese Zuschrift verdient etwas näher beleuchtet zu werden. Zunächst sei bemerkt, daß sie nicht bestritten — und darauf kommt es an — daß der Anteil der Hauerlöhne von 54 Proz. vor dem Kriege auf 13 1/2 Proz. im Dezember 1923 gesunken ist. Nun führt der Reichsverband der deutschen Industrie an, daß vom Kohlenpreis die Kohlensteuer usw. in Abzug zu bringen sei und führt dagegen die Löhne nach der letzten Lohnverhandlung an. Es paßt ihm aber dabei ein kleiner Irrtum, den wir uns zu berichtigten erlauben. Er führt nämlich den Schichtlohn der Hauer und Schlepper an und berechnet diesen dann auf den Kohlenpreis. Will man den Lohnanteil aber errechnen, dann muß man den Durchschnittslohn der Gesamtbeflegschaft in Rechnung stellen, und der beträgt im Ruhrgebiet, selbst nach der letzten Lohnverhandlung, im Durchschnitt 28.782 M. Also selbst wenn man auf das gewagte Rechenexempel des Reichsverbandes eingehen wollte, würde der Lohnanteil des Bergarbeiters am Kohlenpreis von 54 Proz. vor dem Kriege auf 18 Proz. gesunken sein.

Dem Reichsverband sind aber noch andere kleine Rechenfehler unterlaufen, die wir uns gleichfalls zu berichtigen gestatten. Er führt an, daß die arbeitstägliche Förderleistung im Ruhrgebiet auf den Kopf der Belegschaft — hier führt er die Gesamtbeflegschaft an — von 900 Kilogr. vor dem Kriege auf 600—600 Kilogr. gesunken sei, daß also die Arbeitsleistung ganz erheblich zurückgegangen wäre.

Nun vergißt der Reichsverband anzuführen, daß der prozentuale Anteil der Hauer und Schlepper an der Gesamtbeflegschaft vor dem Kriege auf 42 Proz. im Jahresdurchschnitt 1922 gesunken ist. Und zwar ist dieser Rückgang zurückzuführen einerseits auf die Verkürzung der Arbeitszeit, andererseits aber auch auf die Vermehrung von Anlagen zur Verarbeitung der aus der Kohle gewonnenen Produkte. Will man die Förderung vergleichen, dann muß man in Rechnung stellen, wieviel Kohlen im Durchschnitt auf den Kopf der Untertagearbeiter gefördert worden sind. Im Jahre 1913 betrug die Förderung 136 Kilogramm pro Stunde, im Durchschnitt des Jahres 1922 betrug sie etwa 115 Kilogramm. Die Förderung ging also um 8,5 Prozent zurück.

Während also der Lohnanteil von 54 auf 18 Proz. herabgedrückt wurde, ist die Arbeitsleistung nur um ein Geringes zurückgegangen. Rechnet man aber die Löhne nach ihrem Realwert um, oder gar, wie die Unternehmer für sich rechnen, nach ihrem Goldwert, dann ist der Rückgang der Löhne noch ein ungleich größerer. In Goldmark ausgerechnet bekommt der Bergarbeiter heute noch nicht den sechsten Teil des Lohnes, den er vor dem Kriege erhielt. Und dies erklärt mehr als reichlich den geringfügigen Anstieg der Förderungsleistung. Diese Herabdrückung der Löhne auf ein unerträgliches Maß ist, auch wirtschaftlich gesehen, nichts anderes als eine selbstmörderische Lohnpolitik.

Streik auf den verpachteten städtischen Gütern.

Vor längerer Zeit haben wir bereits an dieser Stelle auf das sonderbare Verhalten der Herren Stadtpächter ihren Arbeitern gegenüber hingewiesen. Obwohl sie zur Zeit der Pachtung um die Günstigkeit ihrer Arbeiter fürchteten und sich ihrer Hilfe zu bedienen wußten, nehmen sie jetzt auf die Arbeitsbedingungen der Arbeiter keine Rücksicht. Da, einer der Herren ging sogar so weit, auf Ländereien, welche unmittelbar an dem Gehöft der Arbeiterwohnungen liegen, Gift zu legen und somit den ganzen Federbestand der Arbeiter zu vergiften. Im Juli vorigen Jahres erklärten sie, daß sie gar nicht daran dächten, die Leute schlechter zu entlohnen als bisher. Die Arbeiter standen aber damals unter einem Tarifvertrag, welcher mit dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband abgeschlossen war, der wesentlich günstigere Bedingungen enthielt als die in den Kreisen geltenden. Die Arbeitgeber waren schließlich damit einverstanden, bis zum 1. Oktober 1922 sämtliche Leute nach dem städtischen Outsider-Tarif zu entlohnen und ab 1. Oktober einen neuen Tarifvertrag zu tätigen. Dieser Tarifvertrag hatte Gültigkeit bis zum 1. April 1923. Unter Wahrung der vierjährlichen Kündigungsfrist haben die Pächter diesen Vertrag gekündigt. Anträge des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes zwecks Abschluß eines weiteren Vertrages wurden nunmehr brüsk abgelehnt. Man will die Arbeiter glatt unter die bedeutend schlechteren Tarife der Kreise stellen.

Die Tatsache, daß Rieselfelder viel ertragreicher sind und ihre Bearbeitung mehr körperliche Anstrengung und einen größeren Beschleiß an Kleidung erfordern, wurde seit Bestehen der städtischen Rieselfelder insoweit anerkannt, daß die Arbeitsverhältnisse der hier in Frage kommenden Arbeiter günstigere waren. Die zuständige Schlichtungsinstanz ist angerufen worden, um die Arbeitgeber zu veranlassen, mit dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, bei dem fast sämtliche Arbeiter organisiert sind, einen Tarifvertrag abzuschließen. Sonderbarerweise hat auch der Schlichtungsausschuß der Bergwerke nicht stattgegeben. Also auch hier wieder eine Entschädigung, die mit der Erklärung der Reichsregierung im schärfsten Widerspruch steht. Nachdem nun sämtliche Verhand-

lungsmöglichkeiten erschöpft waren, blieb für die Arbeiter nichts anderes übrig, als in den Streik zu treten, was gestern geschehen ist.

Reichstarii in Dachdeckergerwerbe.

Nach fünfmonatigen hartnäckigen Verhandlungen, wie sie auch in den an Jähigkeit der Kämpfe gemöhnten Berufen eine Ausnahme darstellen, kam es am 10. Juni in Berlin zu einem neuen Reichsabschluß. Der Vertrag stellt zum erstenmal das Prinzip der Reichslohntarife auf. Um allmählich eine gemeinsame Lohnbasis zu bekommen, wurde im Reichstarii für das ganze Vertragsgebiet ein Lohn festgelegt, der den Maurerlohn um 2 Proz. übersteigt. Wo schon ein höherer Zuschlag festgelegt ist, bleibt er bestehen. Für die nächste Zeit soll dann allmählich ein Ausgleich stattfinden durch Erhöhung der Reichsprozente.

Weiter wurden die Ferien grundsätzlich neu geregelt. Es gilt ein Ferienentgelt für je 90 Arbeitstage bei vollem Tariflohn. Also drei Tage im Jahr nach dem jeweiligen Stundenlohn. Das ist ein wesentlicher Fortschritt im Vergleich mit der bisherigen Regelung, die eine ganz unzureichende Ferienentschädigung vorsah. Wird jemand entlassen, ehe der Ferienanspruch erreicht ist, bekommt er die Entschädigung bar ausgezahlt.

Die Bezirkslohnkommissionen haben neue Aufgaben zugewiesen erhalten: Sie können sich in Zeiten unregelter Lohnverhältnisse zum Bezirkslohnkommissionen konstituieren.

Wehr, als die Verbesserungen schlägt die gelungene Abwehr der Verschlechterungsabsichten zu Buch. Mitteilungen gegen den Achtstundentag, Soziallohn, Abbau der Ueberstundenzuschläge, Herabsetzung der Löhne für Jugendliche u. a. m. wurden abgewehrt. Das Tarifamt wurde nach Leipzig verlegt.

Der Abschluß ist betrachtet an den daniederliegenden Verhältnissen im Gewerbe, in dem 1/4 der Kollegen arbeitslos sind, eine sehr gute Leistung des Dachdeckerverbandes zu nennen. Alle neuen Vereinbarungen treten am 1. Juli 1923 in Kraft.

Leit in den Berliner Gipswerken.

Die Arbeitnehmer der Baumaterialienhandlung Berliner Gipswerke, Joh. Rundi, vorm. Kühne, Berlin-Schöneberg, Verl. Großgörschenstraße 114, legten einstimmig die Arbeit nieder, weil die Inhaber es ablehnten, die Löhne engültig mit der Organisation des Deutschen Verkehrsband, zu regeln.

Trotzdem die Firma in verschiedenen Verbänden organisiert ist, lehnt sie eine Anerkennung der bestehenden Manteltarifverträge ab, verweist sich darauf, nur die Lohnsätze des Chemikalien-Tarif zu zahlen und weiter nichts. Die Firma müte ihren Arbeitern zu sich mit einem Lohn von 120.000 M. pro Woche abzufinden, während in allen gleichartigen Betrieben ein Lohn bis zu 168.000 M. gezahlt wird. Alle Vermittlungsvorschläge des Organisationsvertreters wurden abgelehnt. Die Firma will, wie bisher, mit ihren Arbeitern einen Sonder-Tarif abschließen, in dem die Arbeiter gegenüber ihren Arbeitskollegen in den Baumaterialienhandlung benachteiligt werden.

An alle Bau- und Arbeitskollegen sowie Kollegen Rauter aus den Chemikalien- und Farbzweighandlungen sowie der Stud- und Zementbranche rufen wir die dringende Bitte, ihre Kollegen in dem von den Arbeitgebern aufgezwungenen Kampf zu unterstützen. Lebt strengste Solidarität!

Deutscher Verkehrsband, Sektion I.

Verammlung der Buchbinder.

Die Leitung der Filiale Berlin des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter hatte die Funktionäre gestern nachmittag 5 Uhr zu einer Versammlung nach dem Gewerkschaftshause berufen. Nach einer kurzen Einleitung durch Klubunde nahm der Branchenleiter Czerny das Wort zu seinem Referat über den Stand der letzten Lohnverhandlungen. Die Unternehmer haben sich bei den in Leipzig gepflogenen Verhandlungen trotz aller zwingenden Gründe nicht bereit erklärt, den Arbeitern den Lohn zu gewähren, der unbedingt lebensnotwendig ist. Beide Parteien gingen, ohne eine Vereinbarung getroffen zu haben, wieder auseinander, weil auch die Arbeitnehmer es nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren konnten, dem Vorschlag der Gegenseite, 50 und 80 Proz. Zulage zu gewähren, zuzustimmen. Czerny erklärte, daß sie Gründe genug gehabt hätten, das Anerbieten der Unternehmer abzulehnen. Die in reinen Buchbindereien beschäftigten Kolleginnen und Kollegen, und um diese handelte es sich ausschließlich, seien seit langem sogar hinter dem Lohn der Buchdrucker beträchtlich zurückgeblieben. Auch das zweite Angebot der Unternehmer, monatlich in der höchsten Stufe 85 Proz. Zulage zu zahlen wären, konnte wegen der ungünstigen Auswirkung keine Annahme finden. Bei einem Dollarstande von 100.000 sei es ein Hohn auf die Rolle der Arbeiter, wenn man auf der Unternehmenseite ein derartiges geringes Entgegenkommen zeige. Die Versammlung nahm mit gespannter Aufmerksamkeit die interessanten Ausführungen entgegen. Aus der nachfolgenden Debatte, die sehr lebhaft verlief, kann hier nur das Wesentliche wiedergegeben werden. Von Länger, Duschinski und Arndt wurden Mitteilungen gemacht über Vorschläge, die stellenweise nur an einen Teil der Beschäftigten gezahlt worden sind. Von Rasch wurde passive Resistenz empfohlen. Czerny sprach dafür, daß im äußersten Falle auch zum Kampf ge-griffen werden muß. In seinem Schlußwort bebaute Czerny, daß — wie auf Unternehmenseite — nicht auch bei den Gewerkschaften einheitliche Richtlinien für Festsetzung der Löhne be-ständen. Nachdem man sich auf Forderung einer sofortigen Ab-

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft mäßig. Fische ausreichend, Geschäft lau. Obst und Gemüse reichlich, Geschäft rego.

Am Donnerstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:

Rindfleisch	7300—9700 M., ohne Knochen	9500—11500 M.	
Schweinefleisch	10000—13000 M.	Kalbfleisch 7500—11000 M.	
Hammelfleisch	7900—10700 M.	Rindertalg 13000—13500 M.	
Rückensteif	12000—12500 M.	Schaffleisch 2500—3500 M.	
Kabeljau	2900—3500 M.	Dorsch 3800—3000 M.	
In Eis: Schleie	7000—10000 M.	Hechte 7500 bis 9900 M.	
Aale	10000—15000 M.	Lebende Schleie	12000—14000 M.
Hechte	12000—13000 M.	Aale	16000—18000 M.
Barsche	11000 bis 12000 M.	Karpfen	10000—14000 M.
Naturbutter	16500—17000 M.	Margarine	9800—12000 M.
Schweineschmalz	15000 M.	Eier	830 M.
das Stück	Spargel 2200—4500 M.	Blumenkohl	4000—8000 M.
der Kopf	Mohrrüben 500 M.	Zwiebeln	1000—3000 M.
Salat	350—500 M.	der Kopf	Alte Kartoffeln 1200—1500 M.
10 Pfund	Neue Kartoffeln 1700 M.	das Pfund	Stachelbeeren 1400 M.
Tomaten	15000 M.		

schlagszahlung von 50 Proz. geeinigt hatte, kam bei der vorgenommenen Abstimmung eine große Mehrheit hierfür zustande. Man will sich also damit begnügen, weil in der nächsten Woche ohnehin neue Lohnverhandlungen stattfinden. Im Falle der Ablehnung durch die Unternehmer soll in die passive Resistenz eingetreten werden. Gegen 8 Uhr abends erreichte die Versammlung, die in ihrem ganzen Verlauf die große Not der Arbeiterschaft widerspiegelte, ihr Ende.

Ein unsozialer Arbeitgeber!

Von der Disziplinarverwaltung Berlin des Deutschen Tabakarbeiterverbandes wird uns geschrieben:

Der Inhaber der Zigarettenfabrik Bosphorus, Chorinerstraße, ein griechischer Rechtsanwalt, glaubt in Deutschland billige Arbeitsobjekte gefunden zu haben, um seinen Profit ins Ungemessene zu steigern. Dieser Herr hat vor Jahresfrist bei dem Finanzministerium einen Antrag auf Bewilligung eines Kontingents gestellt, um eine Zigarettenfabrik eröffnen zu können, wobei er die Verpflichtung übernahm, blinden Arbeitnehmern lohnende Beschäftigung zu geben. Auf Grund dessen wurde ihm das Kontingent bewilligt.

Diese blinden Arbeitnehmer werden mit Tabakzupfen beschäftigt und erhielten bisher 20.000 M. pro Woche. Dieser Lohn ist jetzt auf 40.000 M. erhöht worden. Der Tariflohn beträgt jedoch für diese Arbeit 98.000 M. Anderen Arbeitnehmern zahlt die Firma nur die Hälfte des Tariflohnes, das kommt daher, weil in den meisten Fällen Arbeitskräfte nur von der Straße angestellt werden. Organisierte werden in dem Betrieb nicht geduldet. Eine Verhandlung des Organisationsvertreters verlief resultatlos. Es wird notwendig sein, daß sich die Fürsorgestelle im Interesse der Blinden diesen Betrieb näher ansieht, beziehungsweise wird ein Antrag auf Entziehung des Kontingents beim Finanzministerium zu stellen sein. Es muß dieser Sorte von Ausbeutern klar gemacht werden, daß sie sich in Deutschland nicht alles erlauben können. Die in Frage kommenden Behörden haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die eingegangenen Verpflichtungen eingehalten werden.

Kaufgewerbe. Laut Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin, der von den Arbeitgebern angenommen worden ist, betragen die Tariflöhne in den Betrieben des Verbandes Berliner Kaufgewerbebetriebe für die Zeit vom 7. bis 13. Juni 1923 pro Stunde: für Facharbeiter 3550 M., für Angelernte über 21 Jahre 3500 M., für Angelernte von 18 bis 21 Jahre 2500 M., für Frauen über 18 Jahre 2500 M. Deutscher Metzlarbeiterverband Verwaltungsstelle Berlin.

Zentralverband der Kleinhändler und Einzelhändler. Besondere Gesamtsitzung: Freitag, den 15. Juni, im Gewerkschaftshause, Soat 1, Brandenburgerstraße, 7. Tagesordnung: 1. Bericht des Kollegen Paul Hermann, Redaktor unseres Verbandsorgans, 2. Lohnbewegungen, 3. Beschäftigenwesen, wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung bitten wir sämtliche Kleinhändler Kollegen, pünktlich zu erscheinen. — Die Disziplinarverwaltung.

Metzler. Freitag nachmittag Punkt 5 1/2 Uhr in Hoyerlands Festsaal, Zimmer 3, wichtige Besprechung.

Zentralverband der Schuhmacher. Versammlung der Kaufstammen Freitag, den 15. Juni, bei Baranowski, Grüner Weg 9.

Küchener, Eisenbahner. Heute, Freitag, den 15. Juni, abends 8 Uhr, in der Böhm-Brommer, Prenzlauer Allee 242-247 (nahe Altes Rathaus), wichtige Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Berlin des DDB. In Anbetracht der Verhältnisse der Eisenbahner ist es Pflicht aller Kollegen, zu erscheinen. Mitgliedschaft des DDB legitimiert. Nachbetrug erwartet die Disziplinarverwaltung: 624, Berlin.

Wagner, Zimmerer. Am Sonnabend über Sonntag sind in allen Bezirken Bezirksversammlungen abzuhalten, wurde Stellungnahme zur neuen Lohnverteilung. Am Mittwoch, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Jentsch, Reichstraße 15, die Funktionäreversammlung statt. Besonderen findet am Mittwoch, den 20. Juni, im Gewerkschaftshause, Soat 1, unsere nächste Bezirksversammlung statt. Wir ermahnen alle Vertrauensleute und Betriebsräte, auf den einzelnen Bezirken bis nachher, Propaganda zu machen. Im Bezirk 20 findet die nächste Bezirksversammlung am Donnerstag, den 21. d. M., abends 7 Uhr, bei Balmann statt. — Der Vorstand.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- Kreis Köpenick.** Die diesjährigen Feiern der Partei finden wieder in der Friedrichstraße statt. Einfluß und Teilnahme wollen sich umgehend im Roten, Zimmer 3 des Jugendhauses, melden.
- Kreis Lichtberg.** Eintrittskarten zu der Veranstaltung des Arbeiterpartei-Partei am Sonntag, den 24. Juni, im Lichtbergstadion, sind in den Feiernbestellungen, Rosenstraße, Postamtstraße und Seife, Wartenbergstraße und bei allen Funktionären zu haben.

Heute, Freitag, den 15. Juni:

- Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen.** Die Mitgliederversammlung findet erst um 7 Uhr im Stadthaus, Soat 1, statt, während die Berufsschullehrer dort schon um 5 Uhr treffen.
- H. H. Schöneberg.** Pünktlich 8 1/2 Uhr, abends des 2. und 3. Bezirks im Hotel Reform, Kolonnen, Ecke Köpenickerstraße. Wichtige Tagesordnung.

Morgen, Sonnabend, den 16. Juni:

- Abd. 7 1/2 Uhr** Zusammenkunft der Parteimitglieder in der Juristischen Gesellschaft, Lindenstr. 3, 1. Hof links, Erdgeschoss.
- H. H. Köpenick.** Familienabend im Restaurant Reich, Köpenickerstr. 1. Gäste willkommen.

Sterbefall der Groß-Berliner Partei-Organisation

189. H. Köpenick. Am 18. Juni verstarb unser Genosse Schmitz Robert Geiliger, Grünstraße. Die Einäscherung fand gestern in Baumhulshaus statt.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Freitag, den 15. Juni:

- Köpenick:** Jugendheim Schule Teichstraße. Vortrag: „Unsere Besser“.
- Charlottenburg:** Jugendheim Köpenickerstr. 4. Vortrag: „Geschichte der Arbeiterbewegung“.
- Salzbrunn:** Jugendheim Schule Sozialistische Straße. Vortrag: „Jugendbewegung und Pflege“.
- Köpenick II:** Jugendheim Rosenthalerstr. Vortrag: „Entwicklungstheorie“.
- Ober (Vierstädter Jugendheim):** Jugendheim Schule Ederstr. 16. Diskussionsabend.
- Reinickendorf:** Jugendheim Altes Rathaus. Vortrag: „Wirtschaft und Sozialismus“.
- Steglitz II:** Jugendheim Köpenickerstr. 3. Vortrag: „Reformbewegung“.
- Südwest:** Jugendheim Köpenickerstr. 14-16. Vortrag: „Schönheiten der Welt“.
- Südost (Köpenicker Viertel):** Jugendheim Schule Köpenickerstr. 7. Vortrag: „Sexuelle Prognosen“.
- Westend:** Jugendheim Schule Köpenickerstr. 7. Vortrag: „Soziale Kämpfe im Mittelalter“.
- Herbertshagen Obersee:** Bezirksklubabend im Jugendheim Niederherbertshagen.

Morgen, Sonnabend, findet im Jugendheim, Soat 1, Lindenstr. 3, eine Konferenz der Abteilungsleiter und der Ortsleiter zur Vorbereitung des 7. Juni pünktlich statt.

Verantwortlich für Politik: Victor Hoff, Berlin; Wirtschaft: Felix Göttemann, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner, Berlin; Familien: R. H. Richter, Berlin-Bilmersdorf; Lokales und Sonstiges: Willy Bödus, Berlin-Pankow; Anglegen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Köpenickerstr. 3, Keller 1. Setzwerk.

Sonne SEIFE

ist die dankbarste Seife für jede Kinderwäsche; denn sie reinigt rasch, greift die Wäsche nicht an und ist sparsam im Gebrauch

Deutschnationaler Reinfall.

Eine Stadtverordnetendebatte über Straßenbahnerkündigungen.

Mit der zweiten Beratung des Haushaltsplanes, die in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung auf der Tagesordnung stand, konnte noch nicht begonnen werden. Eine Debatte über Straßenbahnerkündigungen, bei denen angeblich der Betriebsrat noch „participations“ Gesichtspunkten verfahren sein soll, nahm einen sehr großen Teil der Sitzung in Anspruch. Die Deutschnationalen hatten zusammen mit der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei durch einen auf agitatorische Wirkung berechneten Antrag eine Untersuchung der Kündigungsurachen herbeigeführt, aber die sehr umfangreiche Arbeit des Ausschusses brachte ihnen einen Reinfall. Gestern zog Stadtverordneter Pfarrer Koch noch einmal alle seine Schimpfregister, um seine Niederlage zu verdecken. Die Redner der Linken gaben ihm die gebührende Antwort. Genosse Teschke, der für die sozialdemokratische Fraktion sprach, wies Kochs Angriffe gegen den Betriebsrat der Straßenbahn zurück und stellte fest, daß der Herr Pfarrer, den er einen gemeingefährlichen Demagogen nannte, sich eine verdiente Blamage geholt hat.

Die von den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei am 25. Januar 1923 geforderte Nachprüfung der Kündigungen der Straßenbahner,

die über 10 Jahre im Dienst sind, kam endlich gestern, auf Grund der dazu vom Ausschuss gefassten Beschlüsse, zur erneuten Erörterung. Der Ausschuss hat die Kündigungsfälle auf dabei vorgetragene Härten und Unbilligkeiten nachgeprüft und beantragt, den Magistrat zu ersuchen, zehn speziell ausgeführte Fälle dem Betriebsrat und dem Tarifamt zur Erledigung zu überweisen; ferner soll der Magistrat dafür Sorge tragen, daß in Zukunft bei Massenentlassungen größeres Gewicht auf ein enges Zusammenarbeiten mit dem Betriebsrat gelegt wird, sowie daß die Straßenbahn angewiesen wird, bei Entlassung älterer Leute diesen den Antrag auf Pensionierung nahelegen und rückwirkende Entlassungen vor Durchführung der Pensionierung zu vermeiden.

Koch (Dnat. Sp.) stellt fest, daß die Direktion bei den Entlassungen ganz willkürlich und systemlos verfahren ist; bleibt im übrigen dabei, daß die Kündigungen besonders nationalgefeindlich und antisozial organisierte Straßenbahner betroffen habe, die von den freigeistlich-ökonomischen Organisationen als Streikbrecher, Kapp-Putsch-Beteiligte usw. denunziert worden seien. — Schumacher (Komm.): Der freisinnige Berg hat ein Mäusen geboren. Den Anlaß zur Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses gab die Behauptung des Herrn Koch, daß aus politischen Gründen bei der Straßenbahn Massenentlassungen stattgefunden hätten; im Ausschusse hat er wiederholt Stoßseufzer darüber ausgestoßen, daß ihn die Straßenbahner angelogen hätten. (Hört, hört!) Der Hinauswurf von über 2000 Straßenbahnern kostete der Stadt 300 Millionen; und gleichzeitig mußte man Lieberstunden im Betriebe einführen! Aber Stadtrat Adler ist trotz alledem immer noch in seinem Amt! Wir haben für die Nachprüfung nicht die Betriebsräte der einzelnen Bahnhöfe, sondern nur den Gesamtbetriebsrat für zuständig.

Gen. Teschke erinnerte daran, daß gerade die Direktion es gewesen sei, die den Betriebsräten plötzlich die Kündigungsfälle vorgelegt habe. Die Direktion wurde von den Betriebsräten und vom Schlichtungsausschuss abgewiesen. Es kam dann zu den 2015 Fragebogen, die die vom Magistrat eingesetzte Revisionskommission in der kurzen Frist von 8 Tagen zu bewältigen hatte. Auf den Fragebogen haben die Dienststellenleiter ihrer Beine und Wästel vielfach die Flügel schieben lassen.

Die ganze Entlassungsaktion fällt der Direktion zur Last, die einen sehr hartnäckigen Standpunkt einnahm, den Tarifvertrag und den Manteltarif einfach ignorierte, sogar den Gesamtbetriebsrat nicht hörte und erst durch die schwierigen Verhältnisse gezwungen ihn hinzuzog. Daß von politischen Motiven bei den Entlassungen nicht die Rede ist, hat sogar Herr Koch anerkennen müssen; in den betreffenden zehn Fällen liegen lediglich Härten vor. Den Gesamtbetriebsrat trifft keinerlei

Schuld, damit entfällt auch gänzlich der Vorwurf der Brutalität, den Herr Koch erhoben hat. Für die Deutschnationalen hat es sich lediglich um Agitation gehandelt, deren Kosten wieder einmal die Bürgerschaft tragen muß. Herausgekommen ist lediglich eine Blamage für den gemeingefährlichen Demagogen Herrn Koch.

Stadtbaurat Adler: Die Entlassungen waren notwendig geworden einmal wegen der enormen Geldentwertung, der die Tarife nicht nachkommen konnten; es wurden Linien eingezogen oder verfürzt oder abgeleitet. Der andere Grund waren große Verbesserungen am Wagenmaterial und im Betriebe, die viele Werkstatteinstellungen entbehrlich machten. Hätte man die Entlassungen hinausgeschoben, so wären die Verluste für die Stadt noch größer gewesen. Der Abbau hat ziemlich gleichmäßig bei den Arbeitern und bei den Angestellten stattgefunden; in dieser Beziehung sind die Vorwürfe gegen die Direktion unzutreffend. Berlin hat auf der befahrenen Schienenlänge von allen Großstädten den niedrigsten Etat. Hoffen wir, daß damit die Entlassungsaktion zum Abschluß gekommen ist. — Baron (N. Soz.) bezweifelt, daß Berechtigtheitsliebe die Rechte zu ihrem Entzug veranlaßt, man habe sich wohl auf diesem Wege billiges Stimmvieh verschaffen wollen.

Die Debatte fand hiernach durch Annahme eines Schlußantrages ein Ende. Koch verwahrte sich dagegen, daß er gesagt haben sollte, er sei von den Straßenbahnern angelogen worden. Der Ausschussantrag wurde fast einstimmig angenommen; statt „Betriebsrat“ „Gesamtbetriebsrat“ wurde mit 98 gegen 80 Stimmen beschlossen, „Gesamtbetriebsrat“ zu fügen.

Die Privatlyzeen Fleck, Kirken und Corelius, sowie die Privatschule Marsch in Steglitz, haben die Stadt um Unterstützung durch Zuschüsse erbeten, obwohl sie ihre Vorarbeiten nicht abgebaut haben. Der Magistrat will Zuschüsse gewähren, da jetzt mit dem Abbau begonnen worden ist. Koch einem früheren Veranlassungsbefehle sollte auch in diesem Falle kein Zuschuß bewilligt werden.

Gen. Dr. Bohmann legte dar, daß die Stadt um ihres eigenen Ansehens willen auf dieses Ansinnen der Schulanstalten eingehen ablehnen müsse. Die drei Berliner Institute hätten ein Jahr lang

einen Kampf gegen Berlin

geführt, um sich als Standeschulen zu erhalten; jetzt beriefen sie sich auf die Not der Lehrer und der Schülerinnen, um die Stadt günstig zu stimmen. Berlin dürfe ein solches System nicht einreihen lassen. Selbst wenn die Stadt mit der Unterbringung der Schülerinnen Schwierigkeiten haben sollte, so dürfe das nicht entscheidend sein.

Oberstadtschulrat Pausen: Sollen die Lehrerschaft und die Schülerinnen für die Veräumnis der Vorleserinnen büßen? Im Prinzip hat Dr. Bohmann recht; aber die Lyzeen haben den Abbau begonnen resp. zugefugt. Tragen Sie dem praktischen Bedürfnis Rechnung!

Merten (Dem.) erklärte nach dieser überzeugenden Begründung und Verteidigung der Vorlage durch den Stadtschulrat, aufs Wort verzichtet zu wollen.

Für die Vorlage stimmten alle bürgerlichen Vertreter; die Anzahlung ergab Annahme mit 98 gegen 80 Stimmen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Die Dringlichkeitsvorlage, in der auf Grund eines Angebots der Firma Siemens und Halske der Ausbau der Königensiedlung des Krankenhauses Raabit zu einem Königinstitut ersten Ranges vorgeschlagen wird, nahm die Versammlung ohne Erörterung einstimmig an.

Eine Anfrage der Deutschnationalen nach den Gründen, die die die Wertverminderung bewegen haben, eine größere Anzahl von Arbeitern aus der Gasanstalt Danziger Straße nach dem Legele Gaswerk zu verlegen, wurde von Stadtrat Treitel dahin beantwortet, daß die anderweite Verteilung der Leute auf Grund einer Liste erfolgt sei, auf die sich schließlich Direktion und Betriebsrat geeinigt hätten. Politische Gründe hätten dabei keine Rolle gespielt.

Nunmehr hätte — gegen 1/9 Uhr — endlich mit der Beratung des Haushaltsplans für 1923 begonnen werden können. Es wurde

indessen die Erledigung einiger welterrt Vorlagen noch vorweggenommen.

Ueber die Vorlage wegen Festsetzung neuer Einkommensteuern für die

Teilnehmer an der städtischen Volkspeisung

berichtete Genosse Gottfr. Schulz. Der Ausschuss hat am 2. Juni beschlossen, die unentgeltliche Abgabe bei monatlichen Einkommen unter 40 000 M. zu empfehlen; im übrigen soll das Essen unentgeltlich allen Personen gegeben werden, deren Einkommen die Hälfte der jeweiligen Sozialrentnerunterstützung nicht übersteigt, bei einem Einkommen von der Hälfte, bis zu drei Vierteln dieses Betrags zum vierten Teil des Preises, bei einem Einkommen von drei Vierteln des Betrags bis zum vollen Betrage zum halben Preise.

Stadtrat Hingje teilte mit, daß die Sozialrente im Reich für Mai auf 80 000, für Juni auf 120 000 M. erhöht wird; damit werde die Grenze für die Gratis- oder die Lieferung zu ermäßigtem Preise sich auf 60 000 bzw. 90 000 M. herausheben lassen.

Zu den Ausschussvorschlügen nahm die Versammlung einen Antrag unserer Genossen an, der u. a. für Ehegatten eine weitere Heraushebung der Grenze um 50 Proz. bezweckt. Der Antrag der Kommunisten, die Grenze für die unentgeltliche Abgabe von 40 000 auf 250 000 M. herauszusetzen, blieb ebenso in der Minderheit wie ein Antrag der Deutschnationalen, der die Lieferung auf eine ganz abweichende Grundlage stellen wollte.

Dem Uebergang der Baupolizei in Charlottenburg, Neukölln und Lichtenberg auf den Oberbürgermeister wurde zugestimmt. Mit dem unzulänglichen Bescheid des Polizeipräsidenten in Sachen der Aufhebung des kleinen Belagerungszustandes wollte sich Ruhe (Dnat.) durchaus nicht zufrieden geben. Er fand jedoch nirgends Unterstützung; die Versammlung nahm die Magistratsmitteilung lediglich zur Kenntnis.

Inzwischen war es 9 Uhr geworden und man trat in die Haushaltsberatung nicht mehr ein.

Der neue Kartoffelpreis.

Wir haben unsere Leser davon unterrichtet, daß die Preisnotierungskommission für Kartoffeln sich veranlaßt gesehen hat, die Preise gegen letzten Freitag um 1000 bis 3500 M. höher zu notieren. — Diese Preise werden von der Kommission nicht „gemacht“, sondern sie stellen das Ergebnis von Beratungen dar, aus denen hervorgeht, was tatsächlich dem Erzeuger, d. h. dem Landwirt, gezahlt worden ist. Diese so gebundenen Preise bilden also die Grundlage für die Bucherergerichte. Alle nach dem aufkauenden Großhändler folgenden Zwischenstationen, städtischer Großhändler, Kleinhändler usw. dürfen auf diese Preise, abgesehen von den entfallenden Spesen, Fracht, Rossgeld usw. nicht mehr als den handelsüblichen Aufschlag nehmen. Diese Kaufleute sind also gezwungen, sich bestimmte Beschränkungen aufzuerlegen, wenn sie nicht mit den Bucherergerichten in Konflikt kommen wollen. — Wie steht es nun aber mit dem aufkauenden Großhändler? Er ist an keine Notierung gebunden. Je nachdem wie es die Marktlage erfordert, zahlt er dem Landwirt die von diesem geforderten Preise bzw. bietet er ihm ohne irgendeine Beschränkung nach oben Preise, von denen man sehr wohl der Meinung sein kann, daß sie eine Ausnutzung der Notlage der städtischen Verbraucherschaft darstellen. Es erscheint uns nicht müßig, einmal diese Frage hiermit anzuschneiden.

Der Münzentsatz von Spandau.

Im März d. J. fanden spielende Kinder auf dem fiskalischen Gelände der Pionierstelle in Spandau einen Topf mit Silbermünzen. Der Fund wurde dem Münzkabinett übergeben, welches feststellte, daß der Topf 30 Münzen aus dem 15. und 16. Jahrhundert enthielt, und zwar 10 Exemplare in Größe eines 5-M.-Stüdes, 10 Exemplare in Größe eines 1-M.-Stüdes und 10 in Größe eines 1/2-M.-Stüdes. Das Münzkabinett hat den Wert der Münzen auf 152 200 M. festgestellt. Den Kindern bzw. deren Eltern wird der gefundene Funderlohn, der nach § 934 BGB. die Hälfte des Wertes des Fundes beträgt, ausbezahlt werden. Wir geben diese Nachricht aus einer Berliner Sozialnachrichten-Korrespondenz wieder und es scheint uns, als ob der reine Metallwert der Münzen unterschätzt worden ist, von dem numismatischen Wert nicht zu reden. Reichsilbermünzen werden doch heute bereits zum 600fachen des Friedensnennwertes umgerechnet.

Als die Wasser fielen.

Von Otto Rung.

„Ihr Hund“, sagte Rüstad, „schnappie nach mir, als ich ihn in der Dunkelheit trat. Sind Sie sicher, daß er nicht toll ist?“

„Nein, das bin ich natürlich nicht“, gestand Gude.

Rüstad faltete die Hände über dem Bauch und sandte Rauchwolken gegen die Decke. Die Kajütenlampe schwang leise hin und her als einziges Zeichen vom Stampfen des Schiffes. Wegen das Ruhage schlug der Strom schmahend und leise brodelnd. Möglicherweise schwammen jetzt die Ale und Kaulköpfe des Hafens herbei und glöhen durch das runde Aquarienglas herein, wo er selbst mit seinem Gaste saß, der dickbäuchig, fischäugig und feucht war wie ein Meerott, den ein Bagger von Nyhaons Grund heraufgeholt und ausgepöpiet hatte.

Pföhlisch tönte von der Wand ein Knall, scharf wie ein Schuß.

Rüstad fuhr zusammen. Er wandte sich erblickend um: „Was war das?“

Gude lauschte. Das Treibeis hätte erst etwa im Februar so klingen können, wenn es am Bug des Schiffes barst. Jetzt mußte es das Holz sein, meinte er, das alte Fahrzeug stöhnte. Immer gäbe es hier Laute!

„Jedes Ding, das mit dem Menschen gelebt hat, bekommt Leben von ihm!“ leuzte Rüstad. — „Es sind Kestere unser selbst. Ueberall, wo wir Sachen begegnen, die von Menschen gebraucht sind, hören und sehen wir Gelpenser. Die Toten haben sich einmal in den Dingen ausgedrückt. Darum sind alle Häuser und alle Möbel verdammt, darum ist es die Trube, in der die Urahne ihr Leinen bewahrte, und der Stuhl, auf dem sie saß! Sie polieren und frachen! Das ist der Fluch, der über unserm Geschlechte ruht!“ sagte Rüstad. „Ammer haben wir uns ausdrücken wollen. Wir haben all die toten Dinge mit uns bevölkert, so daß sie noch lange Zeit hinter uns her rufen und heulen. Denn sehen Sie,“ — er senkte die Stimme — „das, dem wir Ausdruck verleihen, begegnet uns wieder als Eindrud!“

„Da haben wir's!“ Er schlug mit der Faust auf den Tisch: „Da sehen Sie den Bankerot des Expressionismus!“ Er trank aus. Es war kein Laut mehr zu hören außer dem Schürfen des Wassers gegen die Scheibe.

„Ich bin es Ihnen schuldig, Herr Gude,“ sagte Rüstad,

„Ihnen Bescheid über die junge Dame zu geben, die ich heute an Bord brachte. Sie sagt, daß sie Gerda heißt“, fuhr er fort. „Ob das richtig ist, weiß ich nicht. Warum sollte sie mir Vertraulichkeit erweisen, frage ich! Was habe ich zu verlangen? Nichts, sage ich Ihnen. Sie kann mich bitten, von Bord zu gehen, wenn sie will!“ Er erhob sich und entledigte sich seines Ueberziehers.

Er fehlte sich schwer und fiel in Gedanken.

„Wir sahen auf der Heizung“, sagte er kurz darauf. „Im Speisezimmer, wo der Dampf aus den Röhren entwich. Sie hatte eine rote Bluse an und einen Pelztragen um den Hals. Wir streiften die Schuhe ab und hielten uns die Füße am Heizkörper warm. Feine kleine Füße“, nickte Rüstad bewegt. „Sie ist ein kleines Tierchen!“

„Haben Sie je Kapitän Grasmann getroffen?“ fragte er darauf. „So, nicht? Ja, von ihm will ich nun auch eigentlich nicht sprechen. Er fuhr die Schiffe vom „Nordstern“ und starb als Melancholiker. Aber ich mußte an Kapitän Grasmann denken im Zusammenhang mit Kapitän Högelund. Kapitän Högelund kenne ich von Uleaborg. Er fuhr mit Bauholz. S. S. Marjland, nach Finnland, und ich lag dort im Hafen und malte Seestücke auf feste Bestellung für meinen Bilderhändler in Boston. Das war damals. 1910.“ Er trank aus. „Daher kenne ich Kapitän Högelund. Später wurde er einer der Kapitäne der Dänischen Werft.“

Gude hob, plötzlich interessiert, den Kopf.

„Kennen Sie die Dänische Werft, Herr Gude? Und vielleicht auch den Direktor?“

Der Norweger duckte sich und zeigte plötzlich alle seine Zähne in einem breiten, hellen Lächeln. Offenbar suchte er das ein wenig stereotype Lächeln Andreas Paulis, des Direktors der Dänischen Werft, wiederzugeben: optimistisch, wohlwollend und bestrickend, wohin er auch kam.

Rüstad fuhr fort: „Die Dänische Werft hat vor zwei Jahren drei Windeier gelegt. Das wissen Sie vielleicht? „Björn“, „Bjarne“ und „Boris“. Die drei Een! Jedes mit einer Dampfmaschine und höchsten Frachten und Kursen bis zu den Schlangenschwänzen oben am Börseturm. Ich hatte selbst einige Ailo Aktien von jeder Gesellschaft. Das Papier liegt zu Hause auf dem Boden meines Kleiderschranks. Schön! Andreas Jaukt nahm Kapitän Högelund mit zwei Fingern von S. S. Marjlands Kommandostraße und machte ihn zum verantwortlichen Reder von „Bjarne“ mit einem Rahagonifontor in der Lodbodgade und fünfzehn Mann Besatzung, Laufjungen mit Lackstiefeln und eigenen Namen bei ihren

Bankiers, und dann ging es los auf dem Frachtenmarkt, so hoch, wie möglich! Zu Ehren von uns Aktionären! Sie können mir glauben, ich malte keine Seestücke mehr für die Milliarden in der fünften Avenue! Die konnten meinetwegen jetzt in ihren nackten Wänden sitzen und Champagnertränen weinen!“ Er fuhr fort: „Kapitän Högelund bekam eine Achtzimmerwohnung mit Zentralheizung in dem feinen neuen Stadtteil hinter dem Fäledpark. Dort war es, wo ich die junge Dame traf. Zwei Tage hatte sie in der leeren Wohnung gefessen und nichts gegessen. Beide Zwillinge waren ausgegangen, um Geld zu schaffen. Die Zwillinge sind Kapitän Högelunds Töchter, verstehen Sie, und die hatten ihr angeboten, daß sie bei ihnen wohnen könnten.“

„Kapitän Högelund“, fuhr Rüstad fort, „besuchte ich zu letzt vor einer Woche. Er wohnte im Mädchenzimmer. Die Zwillinge waren nicht zu Hause. Leider. Es sind zwei niedliche Mädchen, jede für sich achtzehn Jahre alt. Sie waren zu einer Premiere. — Ehe es schief mit der „Dänischen Werft“ und mit „Bjarne“ ging, hatten sie ja ihre Loge für die ganze Saison mit Garderobe vorausbezahlt. Also warum sollten sie nicht zur Premiere gehen.“

Der Kapitän lag im Bett. Nicht, weil er erkälte, sondern weil die Heizung nicht in Ordnung war und der Hauswirt sie nicht instand setzen lassen wollte. Darum wohnte er im Mädchenzimmer, das am wärmsten war. Der Kapitän war seit vier vollen Tagen nicht rasiert. Als ich seinen Kopf, strapig von den Augenbraunen herunter, unter der Decke hervor gucken sah, machte ich ihm den Standpunkt klar. Du siehst aus wie ein Ameisenbär, Myrmecophagus, sagte ich zu ihm, und das wedte sein Ehrgefühl ein wenig. Dreh dich um, während ich aufstehe, sagte er. Die Peise hatte er bei sich im Bett, und Shagtabak hatte ich genug für uns beide. Es belebte ihn ein wenig, als er nach zwei Tagen die Wärme im Meeresschaum fühlte. Dann kam er aus der Koje heraus, band sich eine Schürze über das Nachthemd, steckte die Füße in ein Paar Lackstiefel, trat das Hinterteder herunter und zündete den Spirituskocher auf der Fensterbank an, um einen Grog zu machen. In der Küche fand ich einen Stumpf Stearinlicht, das wir in eine Burgunderflasche steckten, denn Gas und Elektrizität waren vom Werk gesperrt. Als das Stearinlicht später in der Nacht ausgebrannt war, knipsten wir abwechselnd an meiner Taschenlampe. Der Weinteller war ja vom Gerichts-pollzieher abgeholt, aber als wir mit dem Stock unter dem Bett suchten, fanden wir eine dreiviertelvolle Flasche Kognat zwischen ein paar Duzend leeren Bierflaschen.

(Fortsetzung folgt.)

Ins Kellerloch, ins Dachgeschloß fährt wie die Hungerpest die Haufe in Bäuer, Mütter, Kinder, Weiber, in ausgehöhlte Schwindsuchtseiber!

Doß — wenn dir da das Herze bricht, mein lieber Sohn, dann schimpfe nicht! Ruhe — ist erste Bürgerpflicht!

Ins Kellerloch, ins Dachgeschloß schlägt trachend ein die Dollar-Hauffel Die Händlerchaft wird's uns schon zeigen: die Preise werden weiter steigen!

Doß — wenn du dann die Preise siehst und hundert Prozent Aufschlag siehst und dich das etwa dann verdriest — dann schimpf nur nicht und laß das Schreien!

Kolonne Rasch.

Ein Blick hinter die Kulissen der Falschmünzer.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts II begann der Falschmünzerprozeß gegen die Kolonne Rasch, deren Haupt der Schriftsteller Fritz Rasch zu sein scheint.

Rasch ist ein winzig kleiner Mann und Krüppel, der sich nur an Krücken fortbewegen kann. Er verteidigt sich aber vor Gericht mit hoher Intelligenz und hält lange Reden.

Am 6. November v. J. nahm Kriminalkommissar v. Liebermann mit Beamten der Reichsbankfalschgeldstelle bei Gladings, einem Manne von abenteuerlicher Vergangenheit und ehemaliger Fremdenlegation, der seit langem im Verdacht der Falschmünzerei stand, eine Hausdurchsuchung vor.

Das Gericht erkannte gegen Hermann und Fritz Rasch auf eine Gefängnisstrafe von je 1 Jahr 6 Monaten, gegen die Angeklagten Wagner, Gladinger und Vange auf eine Gefängnisstrafe von je 9 Monaten.

Festnahme dreier Kirchhofräuber.

Von der Köpenicker Kriminalpolizei wurden gestern drei Kirchen- und Friedhofsdiebstahler (namens Stalla, Wied und Lismar) hinter Schloß und Riegel gebracht.

Preußen und Familie Hohenzollern.

Unferne des Finanzministers.

Der Landtag legte gestern, Donnerstag, nach den bereits gemeldeten Abstimmungen die Beratung des Haushalts des Finanzministeriums fort.

Der Demokrat Dr. Berndt-Stettin fordert Gleichstellung der Oberpräsidenten mit den Staatssekretären und bespricht dann eingehend die Frage der Hohenzollernabfindung.

Finanzminister Dr. von Richter

macht längere Ausführungen über die Abfindungsfrage. Ein praktisches Ergebnis könnten diese Erörterungen nicht haben; denn eine bezügliche Vorlage stehe nicht in Rede.

eine reine Rechtsfrage

handte. Der Minister sagt weiter: Die Frage ist außerordentlich kompliziert, wie auch die Sozialdemokraten zugegeben haben.

der Antrag Müller-Franken im Reichstag

erfahien; dadurch ist die Sache in ein Fahrwasser geschoben, wo sie rettungslos für den Staat ungünstig verlaufen wird.

Hohenzollern haben ein Recht auf den Schutz der Verfassung, denn sie haben nicht aufgehört, Deutsche zu sein.

Abg. Meier-Berlin (Soz.)

Gestern hat der Abg. Brenner (Dnat.) den Handelsminister angegriffen wegen einer Stellenbesetzung in der Verwaltung der Porzellanmanufaktur.

Verzweiflungstöt einer Mutter.

Die furchtbare wirtschaftliche Not, in der sich weite Kreise der Bevölkerung infolge der rapiden Geldentwertung befinden, hat wieder eine Mutter zu einem Verzweiflungsschritt getrieben.

Erhöhte Bäderpreise.

Der städtische Ausschuß zur Festsetzung der Bäderpreise hat ab 15. Juni folgendes festgesetzt: ein Bannenbad 3000 M., ein Brausebad für Erwachsene 1200 M., ein Brausebad für Studierende usw.

Die letztgenannte Maßnahme — Einstellung der Dauerkartenausgabe — dürfte in weitesten Kreisen der Bevölkerung über aufgenommen werden.

Die Feiertage zum Gedächtnis Walter Rathenaus, von der Liga Junge Republik heute (Freitag) im Westertal, Köthener Str. 38, veranstaltet, beginnt pünktlich um 8 1/2 Uhr.

2000 Ruhrkinder nach Hinterpommern. Gestern nachmittags traf ein Transport von 2010 Ruhrkindern auf dem Bahnhalt Bahnhof ein.

lichen Konkurrenz. Nicht die Sozialen Baubetriebe, sondern die Kartelle und Syndikate sind die Todfeinde des Mittelstandes.

große Vermögensfülle den Hohenzollern zugeschanzt werden sollen. Hier man die Rechtsparteien, dann handelt es sich hier um eine Rechtsfrage; nichts ist falscher!

Titel Friedrich einer der Hauptkämpfer im Kampf gegen die Deutsche Republik

ist. Der Herr Finanzminister hat die Berufung Lüdemanns auf das „Recht der Zukunft“ weit von sich gewiesen.

Der Zentrumsgesandte Schering stimmt dem Finanzminister zu, wenn die Hohenzollern früher in ähnlichen Dingen Unrecht getan hätten, dann dürfte man nicht Böses mit Bösem vergelten.

Darauf erwidert dann Dr. Preyer (Dnat.), das Ganze solle auf eine Konfiskation hinauslaufen, ein Volk aber, das keine Ehrfurcht vor seiner Vergangenheit habe, habe auch keine Zukunft.

Nach Bemilligung des Ministergebühls und Annahme des Haushalts verlegt sich das Haus auf Freitag, 12 Uhr: Abstimmung über die Entschließungen zum Finanzetat.

Opfer seines Berufs. Der Eisenbahndirektor Paul Steinhof, Vorsteher des Bahnhofs Wedding, wurde in der Nähe seiner Dienststelle tot auf den Schienen liegend aufgefunden.

Achtung! Das Mitgliederbuch der SPD, Nummer 1800, lautend auf den Namen Gullas Rhode, Schloßer, Reutal, Nr. 89, ist bei einem Wohnungswechsel mit entwendet worden.

Das Philharmonische Orchester veranstaltet städtische Konzerte am Mittwoch, den 20. Juni, in der Philharmonie, Freitag, den 22. Juni, in der Germania-Broschieren, Dienstag, den 24. Juni, in der Neuen Welt, Mittwoch, den 27. Juni, im Saalbau Friedrichsplatz, Freitag, den 29. Juni, in der Philharmonie.

Zu der Dreiwort-Sternwarte finden folgende Veranstaltungen statt: Sonntag, 17. Juni, 4, 5 und 8 Uhr: „Was uns der Wald erzählt“ und „Aus dem Reiche der Glühwürmchen“ (Film); Montag, 18. Juni, 6 und 8 Uhr: „Was uns der Wald erzählt“ und „Aus dem Reiche der Glühwürmchen“ (Film); Dienstag, 19. Juni, 8 Uhr: „Die Sternbilder und praktische Anleitung zu ihrer Auffindung“ (Vortrag mit Lichtbildern von Direktor Dr. Rechenhuth); Mittwoch, 20. Juni, 8 Uhr: „Botanik von Kakuliflora“; Donnerstag, 21. Juni, 8 Uhr: „Kampf mit dem Berge“ (Film); Freitag, 22. Juni, 8 Uhr: „Eduardens Expeditionsreise“ (Film); Samstag, 23. Juni, 6 und 8 Uhr: „Unter Wäldern und milden Himmeln“ (Film), Beobachtung mit dem großen Fernrohr: Täglich von 7-7 1/2 Uhr: Die Sonne, alle Planeten zu sehen sind, laut Himmelskarte, und von 7-11 Uhr: Der Mond, Saturn oder Jupiter.

Hauptverhandlung in der Arnstädter Totschlagaffäre.

In der vielbesprochenen Arnstädter Totschlagaffäre ist nunmehr der Beginn der Hauptverhandlung gegen den des Totschlags beschuldigten Kaufmann Hermann Pommer, den Sohn eines Warenhausbesitzers aus Arnstadt, auf den 25. Juni vor dem Thüringischen Schwurgericht in Eisenach anberaumt worden.

Tragischer Tod eines Apostelers. In Glogau entstand in der Kats-Stadtparkstraße infolge Selbstentzündung von Phosphor ein Brand. Bei den Löscharbeiten, an denen sich auch der Besitzer Kaproth beteiligte, entstand plötzlich eine Explosion, durch welche Kaproth und zwei Feuerwehrleute schwere Brandwunden erlitten.

Begrenzung der Geschlechtskrankheiten.

Einzelabstimmungen im Reichstag.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurden die Resolutionen zum Verdrängungs-, Kolonial- und Auslandsbeschäftigungsgesetz sowie zur Entschädigungsordnung (Anpassung an die Geldentwertung) debattiert dem Hauptausschuss überwiesen.
Hierauf wird die zweite Beratung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten fortgesetzt.
Abg. Höpfer-Thüringen (Soz.): Die Anweisungen über das Gesetz sind in unserer Fraktion geteilt. Ich werde das Gesetz ablehnen. Es wird keinen vernünftigen Menschen geben, der sich auf den Standpunkt stellt, es solle nichts zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten geschehen, aber dieser Entwurf will ein wichtiges staatsbürgerliches Recht, die Kurierfreiheit, erschlagen. Wie können die Demokraten für so etwas eintreten? Ferner soll die Prostitution weiter, wenn auch in anderer Weise als bisher, reglementiert werden. Von einer Entschädigung derjenigen, die sich einer Zwangskur unterwerfen müssen, wird im Entwurf nichts gesagt. Oft wird es zu Denunziationen kommen. Redner spricht gegen die Behandlung mit Salvarsan und gegen den Paragraphen der Vorlage, nach dem die Geschlechtsleiden den Geschlechtskrankheiten gleichgestellt und nur von approbierten Ärzten behandelt werden dürfen. Die in § 8 unter gewissen Bedingungen vorgegebene Anzeigepflicht des ersten behandelnden Arztes führt zu heillosen Zuständen. § 10 verhindert jeden Fortschritt in der Behandlung der Geschlechtskrankheiten. Wer eine neue Methode der Heilung öffentlich empfiehlt, verfällt dem Strafgericht.

Abg. Medizinalrat Dr. Jonasohn: Der Ausschuss war sich bewußt, daß dieses Gesetz kein Ideal ist, aber man hat sich darüber geeinigt, weil alle Sachverständigen nach eingehender Aussprache im Ausschuss es gutheißten. Das Gesetz will die Schädigung der Allgemeinheit durch die Geschlechtskrankheiten auf hygienischer Grundlage verhindern. Bei den ärztlichen Prüfungen wird jetzt die genaueste Kenntnis der Geschlechtskrankheiten verlangt. Die Naturheilkundigen können nichts anderes als lernen, weil sie nicht wissenschaftlich gelernt haben, die Geschlechtskrankheiten zu erkennen. Die große Gefahr ist, daß Geschlechtskrankheiten ohne Heilung zurücktreten und dann ohne Willen und Wissen des Kranken weiter verbreitet werden. Die Naturheilkunde benützt wir bei der medizinischen Behandlung der Geschlechtskrankheiten auch, aber nur zur Unterstützung. Redner tritt in längeren Ausführungen für Behandlung mit Salvarsan ein.

Abg. Moses (Soz.): Die Salvarsanfrage ist hier herangezogen worden, um Stimmung gegen die Vorlage zu machen, in der von Salvarsanzwang keine Rede ist, sondern nur bestimmt wird, daß lediglich geprüfte approbierte Ärzte Geschlechtskrankheiten behandeln dürfen. Volkshygiene ist nur möglich, wenn das Volk Vertrauen zur Wissenschaft und zu den Ärzten hat, das leider durch Vorkommnisse im Krieg arg gelitten hat. Auf dem Gebiete der Volksgesundheit sollten

Kerze und Naturheilkundige zusammenarbeiten.
Das geht bei gegenseitigem guten Willen. Die Naturheilkundigen sollten nicht unter Aufwand einer Propaganda, die Millionen kostet, den Anschein erwecken, als sollte hier ein Stand besonders begünstigt werden. Die uns zugegangenen Broschüren wimmeln von Uebertreibungen.

Abg. Dr. Bell (Z.): Durch eine Volenté, wie sie gegen den Ausschuss geübt worden ist, läßt sich kein gewissenhafter Abgeordneter bestimmen.

Ministerialdirektor Dammann: Das zwingende Vorgehen ist bereits durch die Verordnung von 1918 geltendes Recht. Der Zwang findet seine Begründung darin, daß der Kranke eine Gefahr für die Allgemeinheit ist. Daß mit dieser Vorschrift bisher schlechte Erfahrungen, die eine Streichung derselben rechtfertigen würden, gemacht sind, ist nicht bewiesen worden. Die Erklärung, die ich bereits in der Kommission bezüglich der Wahlfreiheit des Patienten in der Salvarsanbehandlung abgegeben habe, kann ich hier namens der Reichsregierung und des Gesundheitsamtes wiederholen. Die englische Prüfungskommission hat auch das Salvarsan nicht als ein lebensgefährliches und gesundheitsgefährliches Mittel angesehen. Ich begrüße aber den Antrag des Abg. Bell, in die Vorlage einzufügen, daß das Reichsministerium des Innern bestimmen kann, welche ärztlichen Eingriffe als solche anzusehen sind, die mit einer ersten Gefahr für Leben und Gesundheit verbunden sind.

Abg. Kunert (Soz.) kommt zu dem Resultat, daß der aus sozialer Not und deren Gebrechen geborene Gesamtentwurf entschieden abzulehnen ist. Die Hauptgründe dafür liegen darin, daß der Entwurf in einschlägiger Art die monopolistische Stellung der Schulmedizin in ihren Vertretern und in ihrer Methode kritisch begünstigt. Die Wirksamkeit des Gesetzes steht oder fällt jedoch mit der Art der Regelung. Endlich ist die Kostenregelung völlig ungenügend, da sie nicht grundsätzlich die Unentgeltlichkeit der Krankenbehandlung und die reichsrechtliche Verpflichtung dazu in Betracht zieht. Redner empfiehlt die folgende Entscheidung: Die Einrichtung von ärztlich geleiteten

Pflegeheimen und Fürsorgestellen

für geschlechtskranke Kinder, insbesondere zur Bekämpfung der Erbhepatis, gesetzlich zu regeln; die Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel für alle geschlechtskranken Personen, sowie die Ausbringung der daraus entstehenden Kosten reichsrechtlich zu regeln; die Reichsregierung zu erlauben, alsbald geeignete Schritte zu tun, um allgemein eine erhebliche Senkung der Verkaufspreise von Medikamenten — insbesondere auch der zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nötigen Heilmittel — herbeizuführen.

Abg. Brodau (Dem.): Auch in unserer Fraktion gibt es Anhänger dieses Gesetzes und solche, die meinen, daß es mehr schaden, als nutzen kann. Wir halten es nicht für erträglich, daß den approbierten Ärzten ausschließlich das Privileg der Behandlung von Geschlechtskrankheiten, auch solcher, die nicht ansteckend sind, gegeben werden soll. Auch die Anzeigepflicht ist uns bedenklich. Zu begrüßen ist die Bestimmung, daß das Vermieten an Prostituierte nur dann bestraft werden soll, wenn damit ein Ausbeuten der Person oder ein Anhalten derselben zur Unzucht verbunden ist.

Abg. Dr. Grosch (Soz.) empfiehlt zu § 2 einen Antrag seiner Fraktion, in dem in der Bestimmung, daß ärztliche Eingriffe, die mit einer ersten Gefahr für Leben oder Gesundheit verbunden sind, nur mit Einwilligung des Kranken vorgenommen werden dürfen, die Worte „mit einer ersten Gefahr für Leben oder Gesundheit verbunden“ sind zu streichen.

Abg. Frau Fiebig (D. Vp.) begrüßt es, daß dieses Gesetz auch den gewissenlosen Mann trifft. Das Gesetz ist noch nicht ausreichend, denn ein Gesetz, das so tief in das gesamte Leben eingreift, kann nicht mit einem Schlag gemacht werden, aber es ist zu begrüßen, daß mit diesem Gesetz wenigstens ein Anfang gemacht wird.

§ 1, der die Geschlechtskrankheiten einzeln aufzählt, wird in der Ausschussfassung angenommen.

Die §§ 1 (Ansprüche der Geschlechtskrankheiten) und 2 (Behandlung durch approbierte Ärzte), 2 (Durchführung des Gesetzes durch Gesundheitsbehörden und Pflegeämter), 3 (Untersuchungszwang und Heilzwang) werden unter Ablehnung kommunistischer Änderungsanträge in der Ausschussfassung angenommen, jedoch wird auf Antrag Bell (Z.) zu § 3 hinzugefügt, daß das Reichsministerium des Innern bestimmen kann, welche ärztlichen Eingriffe als solche anzusehen sind, die Leben oder Gesundheit gefährden können. Der sozialdemokratische Antrag, daß alle ärztlichen Eingriffe, nicht nur die lebens- oder gesundheitsgefährdenden, nur mit Einwilligung des Kranken vorgenommen werden dürfen, wird abgelehnt.

Zu § 4, der den Verstoß von Geschlechtskranken bestraft und vorschreibt, daß die Verfolgung bei Ehegatten oder Verlobten nur auf Antrag eintritt, beschwor die Kommunisten, einen auch von demokratischen Mitgliedern unterschriebenen Antrag, wonach die Verfolgung allgemein nur auf Antrag des geschädigten Teils oder der Gesundheitsbehörde eintritt.

Abg. Warmuth (Dnat.) widerspricht diesem Antrag. Ein Antrag des Abg. Marx (Z.), die Einbeziehung der Verlobten zu streichen, wird abgelehnt, ebenso ein vom Abg. Hegdemann beschworener Antrag der Kommunisten, wonach die Verurteilung der Bestrafung, daß der Verstoßende den Umständen nach annehmen mußte, daß er geschlechtskrank ist, gestrichen werden sollte.

Der Antrag Queffel wird durch Kaszählung mit 155 gegen 94 Stimmen angenommen. Mit dieser Veränderung wird § 4 angenommen. § 5, der auf Antrag die Eheschließung einer an ansteckender Geschlechtskrankheit leidenden Person unter Verheimlichung der Krankheit bestraft, wird angenommen, nachdem ein Antrag der Kommunisten, das Erfordernis des Antrages zu streichen, abgelehnt ist.

Nach § 6 ist die Behandlung von Geschlechtskrankheiten und Krankheiten oder Leiden der Geschlechtsorgane nur den für das Deutsche Reich approbierten Ärzten gestattet, die Fernbehandlung ist verboten. § 6 wird auf Antrag der Abg. Frau Wochow (Soz.) und Frau Schöpper (Soz.) dahin geändert, daß die Worte „und Krankheiten oder Leiden der Geschlechtsorgane“ gestrichen werden, daß zur Behandlung auch andere „unter der verantwortlichen Leitung von Ärzten stehende Personen“ zugelassen werden. Auch die §§ 7—12 werden im wesentlichen in der Ausschussfassung angenommen und darauf die Beratung abgebrochen.

Präsident Lössle teilt angesichts der Gerüchte über eine nahe bevorstehende Pause mit, daß nach Erledigung verschiedener wichtiger Vorlagen, u. a. des Landessteuergesetzes, eine Pause frühestens Mitte oder Ende der nächsten Woche eintreten könne.

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr (Fortsetzung der Beratung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten; kleinere Vorlagen).

Schluß nach 7 Uhr.

Hoffentlich machen die Epochenverbände in den bevorstehenden Verhandlungen dem Wirtschaftsministerium mit der nötigen Emschiedenheit klar, daß diese Irreführung der öffentlichen Meinung nicht weiter betrieben werden darf. Daneben wäre jedoch zu fordern, daß hinreichend hergestellt wird, welche Rolle das Arbeitsministerium hier gespielt hat, und daß die nötigen Konsequenzen gezogen werden, wenn sich ergeben sollte, daß das Arbeitsministerium aus sohnepolitischen Gründen verhindert hat, die tatsächlichen Möglichkeiten der Teuerungstatistik auszunutzen.

Der Reichswirtschaftsrat über wertbeständige Hypotheken. Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beschäftigt sich am Mittwoch mit dem Entwurf eines Gesetzes über wertbeständige Hypotheken. Der Vertreter des Reichsjustizministeriums führte zur Begründung u. a. aus: Der Entwurf hat die Aufgabe, den Bedürfnissen des Geldverkehrs den eigentlich gegebenen Weg rechtlich zu eröffnen durch die Zulassung wertbeständiger Hypotheken. Für die Bestimmung der Hypothekensumme ist daher einmal der internationale Wertmesser, also Feingold, geeignet. Ferner müssen andere Maßstäbe zugelassen werden; es kommen namentlich Roggen und Weizen in Betracht. Die Verwendung anderer Maßstäbe kann von der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats zugelassen werden, doch können dafür nur amtlich festgestellte Preise in Betracht kommen. Auch die Verbindung zweier Maßstäbe soll möglich sein. In der Erörterung wurden die Absichten des Entwurfs als den Bedürfnissen der Wirtschaft entsprechend allgemein gebilligt. Es wurde darauf hingewiesen, daß dieser Entwurf ein erster Schritt zur Durchbrechung des bisher im Recht festgehaltenen Satzes ist, daß Mark gleich Mark ist, abgesehen von den Währungsschwankungen. Infolgedessen muß dieser Satz auch auf anderen Gebieten, so ganz besonders im Staatshaushalt, fallen, da es nicht anständig wäre, die Privatwirtschaft durch wertbeständige Verkehrsformen zu sichern, den Staat aber weiter unter der Geldentwertung leiden zu lassen. Auch wäre zu prüfen, auf welche Weise die wertbeständige Aufbewahrung möglichst weiten Kreisen zugänglich gemacht werden kann. Der Entwurf eröffnet die Möglichkeit der Ausgabe von wertbeständigen Pfandbriefen. Dem wäre die Errichtung wertbeständiger Konten bei Banken und Sparkassen auf die Seite zu stellen. Von Arbeitnehmern wurde daran anschließend eine wertbeständige Beschäftigung der Löhne als notwendig bezeichnet und auf den engen Zusammenhang des vorliegenden Entwurfs mit der Wohnungswirtschaft hingewiesen. Der Ausschuss nahm die Regierungsvorlage mit 14 gegen 9 Stimmen an.

Die Schaffung einer Devisenzentrale ist Gegenstand von Erörterungen, die in den ausländischen Ministerien, dem Reichswirtschaftsministerium und dem Finanzministerium gepflogen werden. Eine Entscheidung ist jedoch noch nicht gefallen, doch ist es nach der „Eca“ möglich, daß bereits in den nächsten Tagen die Erörterungen sich zu einem Beschluß verdichten, der in der Richtung der Schaffung einer Devisenzentrale gehen wird. Man beruft sich in maßgebenden Kreisen vor allem darauf, daß nunmehr auch in Bankkreisen der bisherige Widerstand gegen die Schaffung einer Devisenzentrale wesentlich nachgelassen hat, und man sich dort der Auffassung zur Befürwortung einer Devisenzentrale angeschlossen habe.

Täglich mehr als 100 Milliarden Mark neue Banknoten. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. Juni wurde das Institut in der ersten Juniwoche weiter stark in Anspruch genommen. Der Wechselbestand der Bank stieg um 604,5 Milliarden M. auf 4619,2 Milliarden M. Der Bestand an Scheckanweisungen vermehrte sich um 428,5 auf 8440,4 Milliarden M. Der Goldbestand im In- und Auslande weist keine größere Veränderung auf. Der Banknotenumsatz stieg weiter um 745,8 Milliarden M. auf 2000,8 Milliarden M.

Polnische Markverläufe. Ende voriger Woche wurde gemeldet, die neue Steigerung der Devisenkurse sei wesentlich dadurch mit herbeigeführt worden, daß von polnischer Seite deutsche Mark verkauft wurden. Diese Meldung ersäht mit einer Beleuchtung durch Erklärungen des polnischen Finanzministers Grabski. Er erklärt in einem Interdikt die Meldungen für unzutreffend, wonach die polnische Regierung in den letzten Tagen große Reichsmarkbeträge auf die Berliner und Danziger Börse geworfen habe, um eine Senkung der Reichsmark hervorzurufen. Eine Senkungspolitik habe die polnische Regierung nicht durchgeführt; sie laufe lediglich in Berlin polnische Mark gegen diejenigen Beträge von Reichsmark an, die sie als Steuerertrag in Ost-Ober-Schlesien in größeren Mengen erhalte. Somit können die Erklärungen des Ministers eher als eine Bestätigung der Nachrichten gelten, welche sie dementieren sollen.

Ausländische landwirtschaftliche Musterbetriebe in Sowjetrußland. Die russische Sowjetregierung hat den Entwurf eines Vertrages über die Einrichtung landwirtschaftlicher Musterbetriebe beauftragt, der zwischen dem Landwirtschaftsrat und der Kanjens-Hilfe demnächst abgeschlossen werden soll. Die Sowjetregierung stellt danach der Kanjens-Hilfe den erforderlichen Vorrat an Landmaschinen sowie die dafür zu zahlenden Löhne. Diese Kredite sollen aus dem Reinertrag der Betriebe getilgt werden. Der Kanjens-Hilfe wird ferner das Recht zugesprochen, aus dem Auslande Landmaschinen und Geräte zum Verkauf an Staatsorgane und an Genossenschaften einzuführen. Überlebens übernimmt die Kanjens-Hilfe die Verpflichtung, in jedem der beiden Betriebe mindestens 10 000 engl. Pfund anzulegen und ihnen die erforderlichen Kredite zu gewähren. Der Vertrag soll für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen werden; falls er nicht verlängert wird, werden die Betriebe entweder vom Staate übernommen oder liquidiert.

Erhöhung des Goldzollaufgebots. Vom 20. Juni bis einschließlich 26. Juni beträgt das Goldzollaufgebot 1 650 900 s. F.

Devisenkurse: Unserer gestrigen Kursliste ist noch folgendes nachzutragen: 1 finnische Mark 2292,50 Gold, 2907,50 Brief; 100 skott. Kronen 150,47 Gold, 151,63 Brief; 1 schwedische Krone 3172.— Gold, 3183.— Brief; 1 ungarische Krone 13,46 Gold, 16,34 Brief; 1 bulgarische Lira 1271,50 Gold, 1278,50 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 1172.— Gold, 1178.— Brief. Eine Polonmark kostete im freien Verkehr circa 1,20 M.

Briefkasten der Redaktion.

Goldmarken. Auf mehrere Anfragen teilen wir mit, daß wir uns mit dem Deutschen Zentral-Genossenschaftsbund in Verbindung gesetzt haben, um zu ermitteln, wie und in welcher Weise in Berlin die Goldpartienversteigerung durchgeführt werden soll. Nähere Nachrichten folgen.

Wetter bis Sonnabend mittag. Stül, zeitweise heiter, aber sehr veränderlich mit Regenschauern und kalten nordwestlichen Winden.

Wirtschaft

Teuerungstatistik und Gewerkschaften.

Uns wird geschrieben:

Angesichts der sprunghaften Teuerung, die wir gegenwärtig erleben, ist das vollständige Verfagen der amtlichen Teuerungstatistik bei der Erfassung der Verteuerung der Lebenshaltung nicht länger ertragbar. Monate hindurch haben die an der Statistik interessierten Kreise vergeblich darauf gewartet, daß wenigstens die Stichtagssziffern veröffentlicht werden, so daß man bereits während des Monats eine Uebersicht hat, wie sich die Teuerung entwickelt. Die an dieser Stelle kürzlich geäußerte Vermutung, daß die Veröffentlichung der Stichtagssziffern unterbleiben ist, weil sie der Lohnbremsspolitik des Arbeitsministeriums widersprach, dürfte durchaus zutreffend sein, denn irgendwelche technischen Bedenken, größere nicht, wie die regelmäßige Veröffentlichung der Stichtagssziffern für die Großhandelspreise beweist.

Die neueste Entwicklung, die die Teuerung nimmt, läßt es jedoch angebracht erscheinen, sich nicht mit derartigen Stichtagssziffern, die zweimal im Monat herauskommen, zu begnügen, und es ist eine eigenartige Ironie, daß die „Industrie- und Handelszeitung“, das Organ von Stinnes, mit einer wöchentlichen Statistik hier führend vorangiehe, während die amtlichen Stellen offenbar auch hierzu wieder nicht den Mut fanden. Nun darf man sich jedoch

keinesfalls damit zufrieden geben, daß die „Industrie- und Handelszeitung“ ja das leisten, was das Staatliche Reichsamt versäumt. Zunächst gibt die „Industrie- und Handelszeitung“ ja lediglich einen Index für Berlin, und andererseits besteht natürlich nicht die geringste Gewähr dafür, daß diese Statistik erhalten bleibt, wenn sie der Industrie ungenügend sein sollte. Es muß daher mit aller Entschiedenheit eine wöchentliche Teuerungstatistik auf größerer Basis gefordert werden. Wenn es auch nicht möglich sein dürfte, für die 71 Gemeinden, die am Teuerungsindeks des Reiches beteiligt sind, eine wöchentliche Statistik aufzumachen und Detabellensziffern unzuverlässig erscheinen, da gegenwärtig die Erhebung der Reichshandelspreise stets am Mittwoch stattfindet, so ist doch heute schon die Möglichkeit gegeben, laufend während des Monats eine Uebersicht über die Entwicklung der Teuerung zu ermöglichen. Eine Anzahl statistischer Ämter von einzelnen Städten veröffentlichten wöchentliche Teuerungsziffern; es wäre für das Staatliche Reichsamt eine Kleinigkeit, diese wöchentlichen Teuerungsziffern zusammenzustellen und allwöchentlich in einer Pressenotiz zusammengefaßt zu veröffentlichen. Darüber hinaus wäre es aber durchaus möglich, für eine Anzahl Städte, die an der Reichsstatistik beteiligt sind, wöchentliche Erhebungen anzustellen und die Ergebnisse dieser Städte zu veröffentlichen. Der Gesamtindex des Reiches würde dann wahrscheinlich keine Abweichungen zeigen, aber diese dürften kaum so erheblich sein, daß es sich nicht trotz dieser Abweichungen empfehlen dürfte, die Statistik auf diese Weise den gegenwärtigen Anforderungen des Wirtschaftslebens anzupassen.

Blutarmut, Bleichsucht,

daniederliegender Ernährung, bei körperlicher u. geistiger Niedergeschlagenheit vorzuziehen die Arznei **Leciferin**, das vertrauenswürdigste Nähr- und Blut-auffrischungsmittel für Erwachsene und Kinder. Dasselbe wird infolge seines guten Geschmacks sehr gerne genommen.

„Von 2 1/2% Letztes L.M.“, Seite 17, Gesundheitsratgeber.“

Galena Chemische Industrie Frankfurt am Main

Leciferin

ausgezogen aus Heringkaviar in Tabletten

Nervenspendend-blutbildend



Servus, merke sich ein jeder, putzt die Schuh, erhält das Leder.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus, Volksbühne, Schauspielhaus, Theater I. d. Königgrätz. Str., Berliner Th., Deutsches Th., Kammertheater, Residenz-Th., Kleines Th., Intimes Theater, Lustspielhaus, Metropol-Theater, Neues Theat. a. Zoo, Renaissance-Theat., Villa-Theater, Die rot. Katze, Die schöne Rivallin.

Urania Alt-Berlin, Casino-Theater, Weimarsaal, Reichshallen-Th., Theater am Kottbus., Berliner Bockbrauerei, Wurmweg.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus, Volksbühne, Schauspielhaus, Theater I. d. Königgrätz. Str., Berliner Th., Deutsches Th., Kammertheater, Residenz-Th., Kleines Th., Intimes Theater, Lustspielhaus, Metropol-Theater, Neues Theat. a. Zoo, Renaissance-Theat., Villa-Theater, Die rot. Katze, Die schöne Rivallin.

Wer klug ist, legt sein wertloses Geld in Ware an! Noch gebe ich Anzüge, Schlüpfer, Gummimäntel, Hosen, Jünglings-Sport-Anzüge in reicher Auswahl zu billigen Preisen, soweit Vorrat reicht! Geschäftszeit: 9-1, 3-6 Hugo Simon Spezialhaus für erstklassige Herrenkleidung Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 133 an der Bismarckstraße.

Weitester Weg lohnend, da Fahrtvergütung!

Admirals-Variete Berlin, bestes Programm, Luna Park, Rennen zu Grunewald Freitag, den 15. Juni nachm. 3 Uhr.

Metalbetten Stahlmatt, Kinderbetten etc. in Priv. Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

Versteigerung von Mobiliar Kunstgewerbe Gemälde alter und neuer Meister, Perser u. andere Teppiche, Gold- u. Silbersachen usw.

Ausbau der Kinderfürsorge durch die Gemeinde von Dr. Selma Schöler-Auwack.

Anzug oder Schlüpfer, Anzüge Ulster, Schlüpfer, Möbel-Einrichtungen in 4 Etagen, A. DAMITT.

Hühneraugen beseitigt sicher das Radikalmittel Lebewohl Hornhaut an d. Fußsohle verschwindet durch Lebewohl-Ballen-Scheiben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin, Christian Linde.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin, Christian Linde.

Branchenverjüngung der Bauanschläger, Katalog auf Wunsch kostenfrei.

Branchenverjüngung der Bauanschläger, Katalog auf Wunsch kostenfrei.

Wichtig für Sackankäufer! Neue und gebrauchte Säcke, auch Gummilatte.

Verkäufe Nähmaschinen, Gelegenheitsläufe wenig gebraucht.

Geschäftsverkäufe Schokoladen, Nougat, umständehalber sofort.

Bekleidung Herrenkleidung, Damenkleidung, Kinderkleidung.

Möbel Metallbetten, Bettmöbel und Klappstühle, Klappstühle, Klappbetten.

Musikinstrumente Flügel, Klavier, Harmonium, Gitarren.

Kaufgesuche Klavier, gut erhaltenes, sucht sofort.

Verkaufe Nähmaschinen, Gelegenheitsläufe wenig gebraucht.

Garten: Laube: Balkon Drahtgitter, fertige Säule, wegen geplanter Reise.

Kaufgesuche Klavier, gut erhaltenes, sucht sofort.

Verkaufe Nähmaschinen, Gelegenheitsläufe wenig gebraucht.

Garten: Laube: Balkon Drahtgitter, fertige Säule, wegen geplanter Reise.

Grammophonplatten, alte, Rika 2000 Mark, taugt sehr.

Schulplatten, alte, Rika 2000 Mark, taugt sehr.

Schulplatten, alte, Rika 2000 Mark, taugt sehr.

Schulplatten, alte, Rika 2000 Mark, taugt sehr.

Schulplatten, alte, Rika 2000 Mark, taugt sehr.

Schulplatten, alte, Rika 2000 Mark, taugt sehr.

Schulplatten, alte, Rika 2000 Mark, taugt sehr.

Schulplatten, alte, Rika 2000 Mark, taugt sehr.

Schulplatten, alte, Rika 2000 Mark, taugt sehr.

Schulplatten, alte, Rika 2000 Mark, taugt sehr.

Schulplatten, alte, Rika 2000 Mark, taugt sehr.

Schulplatten, alte, Rika 2000 Mark, taugt sehr.

Schulplatten, alte, Rika 2000 Mark, taugt sehr.

Schulplatten, alte, Rika 2000 Mark, taugt sehr.

Schulplatten, alte, Rika 2000 Mark, taugt sehr.

Schulplatten, alte, Rika 2000 Mark, taugt sehr.

Schulplatten, alte, Rika 2000 Mark, taugt sehr.

Schulplatten, alte, Rika 2000 Mark, taugt sehr.

Schulplatten, alte, Rika 2000 Mark, taugt sehr.

Schulplatten, alte, Rika 2000 Mark, taugt sehr.

Schulplatten, alte, Rika 2000 Mark, taugt sehr.

Schulplatten, alte, Rika 2000 Mark, taugt sehr.

UFA-PALAST A. ZOO, TAUENZIERPALAST, U. T. KURFÜRSTEND., U. T. NOLLENDORFF., MOZARTSAL., KAMMERLICHTSP., U. T. FRIEDRICHSTR., U. T. ALEXANDERPL., U. T. WEINERBERG., U. T. SCHÖNEBERG., U. T. HASENHÖF.

Tonndorf Feinkost Eingang und Verkauf Unter den Linden 44 Preiswerte Lebensmittel in reichhaltiger Auswahl! Spezialitäten aus den allseitig gerühmten Küchen der Tonndorf Betriebe.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet! Trauringe 1 Ring Dukatengold v. M. 140000 an 1 Ring 585 gestempelt v. M. 100000 an 1 Ring 333 gestempelt v. M. 75000 an Einfache Ringe 9000 Mk. H. Wiese, Juwelier Berlin N. Artilleriestr. 30.

Geschäftsverkäufe Schokoladen, Nougat, umständehalber sofort.

Bekleidung Herrenkleidung, Damenkleidung, Kinderkleidung.

Verkäufe Nähmaschinen, Gelegenheitsläufe wenig gebraucht.

Garten: Laube: Balkon Drahtgitter, fertige Säule, wegen geplanter Reise.

Kaufgesuche Klavier, gut erhaltenes, sucht sofort.

Verkaufe Nähmaschinen, Gelegenheitsläufe wenig gebraucht.

Garten: Laube: Balkon Drahtgitter, fertige Säule, wegen geplanter Reise.

Kaufgesuche Klavier, gut erhaltenes, sucht sofort.

Verkaufe Nähmaschinen, Gelegenheitsläufe wenig gebraucht.

Geschäftsverkäufe Schokoladen, Nougat, umständehalber sofort.

Bekleidung Herrenkleidung, Damenkleidung, Kinderkleidung.

Verkäufe Nähmaschinen, Gelegenheitsläufe wenig gebraucht.

Garten: Laube: Balkon Drahtgitter, fertige Säule, wegen geplanter Reise.

Kaufgesuche Klavier, gut erhaltenes, sucht sofort.

Verkaufe Nähmaschinen, Gelegenheitsläufe wenig gebraucht.

Garten: Laube: Balkon Drahtgitter, fertige Säule, wegen geplanter Reise.

Kaufgesuche Klavier, gut erhaltenes, sucht sofort.

Verkaufe Nähmaschinen, Gelegenheitsläufe wenig gebraucht.

Geschäftsverkäufe Schokoladen, Nougat, umständehalber sofort.

Bekleidung Herrenkleidung, Damenkleidung, Kinderkleidung.

Verkäufe Nähmaschinen, Gelegenheitsläufe wenig gebraucht.

Garten: Laube: Balkon Drahtgitter, fertige Säule, wegen geplanter Reise.

Kaufgesuche Klavier, gut erhaltenes, sucht sofort.

Verkaufe Nähmaschinen, Gelegenheitsläufe wenig gebraucht.

Garten: Laube: Balkon Drahtgitter, fertige Säule, wegen geplanter Reise.

Kaufgesuche Klavier, gut erhaltenes, sucht sofort.

Verkaufe Nähmaschinen, Gelegenheitsläufe wenig gebraucht.

Bei Einkauf Fahrtvergütung!

Bei Einkauf Fahrtvergütung!